

PROJEKT EUROPA 2030

Herausforderungen und Chancen

Bericht der Reflexionsgruppe an den Europäischen Rat
über die Zukunft der EU 2030

Mai 2010

VON DEN MITGLIEDERN DER REFLEXIONS-GRUPPE AN DEN EUROPÄISCHEN RAT

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder des Europäischen Rates,

hiermit unterbreiten wir Ihnen – wie vom Europäischen Rat auf seiner Tagung vom 14. Dezember 2007 in Brüssel erbeten – einen Bericht, in dem wir darlegen, welche Herausforderungen im Jahr 2030 wahrscheinlich auf die EU zukommen werden und wie wir sie bewältigen können.

Dieser Bericht ist das Arbeitsergebnis einer Gruppe von Personen mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Interessen. Er ist aus langwierigen Beratungen und Diskussionen hervorgegangen und ist somit auch Ausdruck des Konsenses und des Kompromisses zugleich. Nicht alle Vorschläge werden von jedem Mitglied mitgetragen, aber alle Mitglieder unterstützen die Vorschläge inhaltlich in weiten Teilen.

Unsere Gegenwart ist geprägt von Unsicherheit, was unsere Aufgabe besonders erschwert hat. So waren wir gezwungen, uns bei unserer Analyse auf diejenigen langfristigen Trends zu stützen, die relativ leicht zu erkennen sind.

Unsere Ergebnisse sind weder für die Union noch für ihre Bürger beruhigend: eine globale Wirtschaftskrise, Staaten als Bankenretter, eine Bevölkerungsalterung, die die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaften und die Tragfähigkeit unserer Sozialmodelle gefährdet, Druck auf Kosten und Löhne, die Probleme des Klimawandels und der wachsenden Energieabhängigkeit und die östlich ausgerichtete Verlagerung der weltweiten Verteilung der Produktion und der Kapitalerträge. Obendrein noch stellen Terrorismus, organisierte Kriminalität und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen eine ständige Bedrohung für uns dar.

Wird es der EU gelingen, ihren Wohlstand in dieser Welt, die sich im steten Wandel befindet, zu erhalten und zu mehren? Wird sie in der Lage sein, die Werte und Interessen Europas zur Geltung zu bringen und zu verteidigen?

Unsere Antwort ist Ja. Die EU kann den Wandel in der Welt aktiv mitgestalten, sie kann richtungweisend sein und braucht sich nicht mit der Rolle eines passiven Zuschauers zu begnügen. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass wir zusammenarbeiten; die Herausforderungen, die vor uns liegen, sind zu groß, als dass ein europäisches Land sie alleine lösen könnte. Ob wir die Entwicklungen jenseits unserer Grenzen beeinflussen können, wird wiederum davon abhängen, ob wir in der Lage sind, innerhalb der Union für solides Wachstum und inneren Zusammenhalt zu sorgen. Zu diesem Ergebnis kommt unsere Reflexionsgruppe nach intensiven Beratungen und Konsultationen mit zahlreichen Experten und Institutionen.

Alle Mitglieder unserer Gruppe sind sich in einer grundlegenden Frage einig: **Europa steht gegenwärtig an einem historischen Wendepunkt. Wir werden die Herausforderungen, die auf uns zukommen, nur bewältigen können, wenn wir alle – Politiker wie Bürger, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer – in der Lage sind, im Interesse eines neuen gemeinsamen Ziels, das von den Erfordernissen der Gegenwart bestimmt wird, an einem Strang zu ziehen.**

Seit der Einsetzung unserer Gruppe hat Europa eine Reihe von bedeutenden Entwicklungen erlebt, so auch die institutionelle Krise, die durch die Ablehnung des Lissabon-Vertrags hervorgerufen wurde, und die jüngste Finanzkrise, die eine weltweite Rezession ausgelöst hat.

Mit der Ratifizierung des Lissabon-Vertrags konnten wir eine lange Phase hinter uns lassen, in der die Union zu sehr mit sich selbst beschäftigt war, um die großen Herausforderungen für unsere Zukunft in Angriff zu nehmen.

Leider haben wir die Finanzkrise, die darauf zurückzuführen ist, dass unsere Finanzinstitute nur unzulänglich funktionieren und nicht ausreichend beaufsichtigt werden, noch nicht überwunden. Die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen der Krise haben die Lage in der Union und somit auch unsere eigenen Überlegungen sehr stark beeinflusst. **In diesem entscheidenden Zeitpunkt muss die EU konsequent und geschlossen handeln und sich vor Protektionismus hüten.**

Die Krise, die ihren Ursprung auf der anderen Seite des Atlantiks nahm, hat Europa mehr getroffen als alle anderen Regionen der Welt, denn sie hat die strukturellen Schwächen der europäischen Wirtschaft offenbart, die zwar schon lange bekannt waren, aber allzu häufig nicht beachtet wurden.

Die Krise war somit ein Warnsignal: Europa muss auf den Wandel der Weltordnung reagieren. Wie alle Umgestaltungen wird auch diese neue Ordnung wieder Gewinner und Verlierer hervorbringen. Wenn Europa nicht zu den Verlierern zählen will, muss es den Blick nach außen richten und sich auf ein ehrgeiziges langfristiges Reformprogramm für die kommenden zwanzig Jahren einlassen.

Die verantwortlichen Politiker der EU müssen zwar weitere Maßnahmen zur Überwindung der gegenwärtigen Krise ergreifen, doch müssen diese mit den mittel- und langfristigen Reformen verknüpft werden, die die Union braucht. Wenn wir von der Union sprechen, meinen wir unseren Binnenmarkt, unsere gemeinsame Währung und unseren Stabilitäts- und Wachstumspakt – was bedeutet, dass wir voneinander abhängig sind. Wir Europäer müssen die Krise gemeinsam bekämpfen, sonst sind die jeweiligen Initiativen zum Scheitern verurteilt.

Um die Krise unbeschadet zu überstehen, müssen wir die Konjunktur weiter stützen, bis unsere Volkswirtschaften wieder eigenständig funktionieren. Werden die Ausgaben zu früh zurückgefahren, könnte sich der Aufschwung umkehren. Beschäftigung und Wachstum müssen für uns weiterhin oberste Priorität haben. Diejenigen Mitgliedstaaten, die wegen kostspieliger Rettungsmaßnahmen, steigender Sozialausgaben und rückläufiger Einnahmen keine weiteren Ausgaben tragen können, müssen sich darauf verlassen können, dass es die EU und die anderen Mitgliedstaaten übernehmen werden, die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufschwung zu schaffen.

Es bedarf dringend einer **Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung** in der EU, wenn wir asymmetrische Schocks, die durch das Nebeneinander von Währungsunion und Binnenmarkt mit unterschiedlichen Wirtschaftspolitiken entstehen, verhindern wollen. Die Ursachen der Krise hatten zwar kaum etwas mit dem Euro und dem Stabilitäts- und Wachstumspakt zu tun, aber diese Mechanismen haben nicht ausgereicht, um die wirtschaftliche Konvergenz während der Krise sicherzustellen. Die EU muss die bestehenden Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten beheben, und zwar durch Analyse und **Korrektur der Verluste an Wettbewerbsfähigkeit, die sich in der Zahlungsbilanz und den gegenwärtigen Leistungsbilanzdefiziten niederschlagen.** Diese Aspekte müssen Teil der Konvergenzkriterien der Union werden, und es ist ein Instrument erforderlich, das Währungsstabilität gewährleistet, damit unerwartete Krisen gemeistert werden können.

Wenn die EU verhindern will, dass sich die Krise wiederholt, dann muss sie dringend die Arbeitsweise und die Aufsicht unserer Finanzinstitute reformieren. Bisher haben die Finanzinstitute die Praktiken, die zu der Krise geführt haben, kaum verändert, lediglich ihre Kreditvergabe haben sie erheblich eingeschränkt. Es wäre zu wünschen, dass diese Reformen unter den G20 abgestimmt werden, doch solange dies nicht geschieht, muss die EU ihre eigenen Rechtsnormen und Regulierungsmechanismen für Kontrolle und Aufsicht entwickeln. Unsere Bürger werden eine weitere Rettungsaktion von dem Ausmaß, wie wir es gerade erlebt haben, einfach nicht hinnehmen.

Im Hinblick auf das Jahr 2030 **brauchen die Europäer eine in hohem Maße wettbewerbsfähige und nachhaltige soziale Marktwirtschaft, um den sozialen Zusammenhalt zu wahren und den Klimawandel zu bekämpfen.**

Hierfür bedarf es eines anspruchsvollen Reformprogramms mit deutlichen Prioritäten und sehr viel effizienteren Durchsetzungsmechanismen, als sie die offene Koordinierungsmethode bieten kann. Dabei gehen wir davon aus, dass die neue Kommissionsstrategie "Europa 2020" Teil dieses großen Vorhabens sein wird.

Die EU muss daher unverzüglich die noch ausstehenden Strukturreformen der Lissabon-Agenda durchführen. Hierzu muss sie die Mechanismen zur Umsetzung der neuen Strategie reformieren und ein wirksameres Anreizsystem einführen, um sicherzustellen, dass die vom Europäischen Rat und den anderen europäischen Organen beschlossenen Ziele wirklich erreicht werden.

Das Humankapital ist das entscheidende strategische Instrument für den Erfolg in der Weltwirtschaft. Allerdings hat Europa im Wettlauf der Wissensökonomie bereits beträchtlich an Boden verloren. Um diesen Rückstand wieder aufzuholen, bedarf es einer koordinierten Anstrengung. Die Mitgliedstaaten müssen die Ressourcen, die sie für F&E-Investitionen zugesagt haben, mit Hilfe des Privatsektors aufbringen und das Bildungswesen in jeder Hinsicht, einschließlich der beruflichen Bildung, reformieren. Die Union muss über ihre eigenen überarbeiteten Haushaltsinstrumente tätig werden und gleichzeitig die Europäische Investitionsbank und den Europäischen Investitionsfonds besser nutzen. Außerdem müssen wir darüber nachdenken, ob wir nicht neue Einnahmequellen erschließen können, beispielsweise durch Erhebung einer CO₂-Abgabe.

Die EU muss eine gemeinsame Energiepolitik verfolgen, die sowohl nach innen als auch nach außen gerichtet ist und uns in die Lage versetzt, mehr Energieeffizienz und Energieeinsparungen zu erzielen, wie dies in der Strategie "Europa 2020" gefordert wird, und unsere Energieversorgung aus Drittländern zu diversifizieren. Ferner müssen die Europäer ernsthaft diskutieren, inwieweit in Europa Bedarf an sicherer Kernenergie besteht, und sie müssen in Umrissen ein ständiges System von Anreizen für die Entwicklung alternativer Energiequellen festlegen.

Die EU muss im Kampf gegen den Klimawandel weiterhin eine Führungsrolle übernehmen. Wenn wir jedoch in der neuen Weltordnung mehr Einfluss und Gewicht haben wollen, dürfen wir die Fehler von Kopenhagen nicht wiederholen. Wir müssen eine wirklich gemeinsame Verhandlungsstrategie entwickeln, mit der wir unsere Interessen besser verteidigen können.

Die Europäer müssen sich den demografischen Herausforderungen stellen. Wenn die dringend gebotenen Maßnahmen ausbleiben, wird die Alterung unserer Gesellschaften zu einem unhaltbaren Druck auf unsere Renten-, Gesundheits- und Wohlfahrtssysteme führen und unsere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit untergraben. Vorrangig müssen Maßnahmen ergriffen werden, um den Anteil von Frauen an der Erwerbsbevölkerung zu steigern, zu bewirken, dass sich Berufs- und Privatleben besser miteinander vereinbaren lassen, unser Konzept des Ruhestands dahin gehend zu verändern, dass Verrentung als Recht, nicht als Pflicht betrachtet wird, sowie eine proaktivere Einwanderungspolitik zu entwickeln, die hinsichtlich Demografie und Arbeitsmarkt unserem Bedarf entspricht.

Die EU muss den Binnenmarkt gegenüber den Anfechtungen des Wirtschaftsnationalismus widerstandsfähig machen und ihn vollenden, so dass er sich künftig auch auf Dienstleistungen, die digitale Gesellschaft und andere Sektoren erstreckt, die in einem Markt von 500 Millionen Nutzern und Verbrauchern voraussichtlich die wichtigsten Triebkräfte für Wachstum und Beschäftigung darstellen werden. Fertigung und Vollendung des Binnenmarkts sollten mit einer engeren Koordinierung der Steuerpolitik einhergehen.

Die Europäer müssen den Arbeitsmarkt reformieren und ihre Praxis der Unternehmensführung modernisieren. Wenn wir das Potenzial der technologischen Revolution in vollem Umfang nutzen wollen, müssen wir unsere Arbeitsmarktstrukturen erheblich verändern. Einige Mitgliedstaaten haben bereits mit Erfolg Reformen durchgeführt, die auf dem Flexicurity-Modell beruhen; aus diesen Erfahrungen müssen wir Lehren ziehen, die zugleich unseren jeweiligen nationalen Gegebenheiten anzupassen sind. In einer Wirtschaft, die einem stetem Wandel unterliegt, müssen wir die Verwendbarkeit unserer Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt und die Flexibilität unserer Unternehmen verbessern. Dabei muss es in erster Linie darum gehen, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, wobei Produktivitätszuwächse und Höhe der Einkommen direkt proportional sein müssen.

Um diese Herausforderungen zu bewältigen, bedarf es keiner Änderung der Verträge. Im Einklang mit unserem Mandat unterscheiden wir in diesem Bericht auch nicht streng zwischen den verschiedenen Entscheidungsebenen, und wir sagen nicht, auf welcher Ebene Maßnahmen ergriffen werden müssen. Uns ist nicht wichtig, wer etwas tut, sondern vielmehr, dass unverzüglich die richtigen Maßnahmen ergriffen werden. Das bedeutet auch, dass die bestehenden Haushaltsebenen und -schwerpunkte dringend überprüft werden müssen, und zwar sowohl die Finanzmittel, die seitens der Union vorgesehen sind, als auch die Finanzmittel, die von den Mitgliedstaaten für die auf EU-Ebene vereinbarten vorrangigen Ziele bereitgestellt werden. Wenn ehrgeizige Ziele mit begrenzten Mitteln und schwachen Umsetzungsmechanismen verfolgt werden, dann ist die Enttäuschung vorprogrammiert.

Wenn die EU ihre Ziele erreichen soll, dann müssen der Europäische Rat und die Euro-Gruppe ihre Führungsrolle in Abstimmung mit der Kommission und dem Europäischen Parlament weiter ausbauen.

Bei diesen Reformen müssen wir das neue Instrumentarium, das uns der Lissabon-Vertrag bietet, in vollem Umfang nutzen, um eine größere Bürgerbeteiligung in der Union zu erreichen, eine wirksame Politik der inneren und äußeren Sicherheit zu entwickeln, festere Beziehungen zu unseren Nachbarländern aufzubauen und in der Lage zu sein, unsere Interessen in der Welt zu vertreten.

Das Projekt EU sollte auch zu einem Projekt der Bürger werden. Wie Umfragen zeigen, sind unsere Bürger – oft mehr als ihre Politiker – davon überzeugt, dass es im Interesse der Union und ihrer Mitgliedstaaten liegt, wenn die EU in der Welt an Geltung und Einfluss gewinnt und geschlossen auftritt, um unsere gemeinsamen Interessen zu vertreten.

Unsere Bürger fordern bessere Koordinierung auf europäischer Ebene im Kampf gegen organisierte Kriminalität und Terrorismus, denn sie wissen, dass sich diese Probleme in einem Raum, in dem jedermann die Grenzen ungehindert überschreiten kann, nur auf diese Weise in den Griff bekommen lassen.

Unseren Bürgern ist bewusst, dass unsere Lebensqualität, unsere Entwicklung und unsere Sicherheit abhängig sind von den entsprechenden Gegebenheiten in unseren Nachbarländern, mit denen wir folglich eine besonders enge Zusammenarbeit im Dienste unserer gemeinsamen Interessen aufbauen müssen.

Unsere Bürger wissen, dass wir in der Außenpolitik an Gewicht und Einfluss gewinnen werden, wenn wir in der Lage sind, geschlossen aufzutreten, um unsere Interessen zu verteidigen, anstatt ein Bild der Uneinigkeit abzugeben, bei dem jeder Mitgliedstaat im Stil vergangener Zeiten die Hauptrolle für sich beansprucht.

Unsere Bürger wollen, dass die Europäische Union ihren Interessen dient; sie erwarten deshalb, dass sie ihre sozialen Rechte, ihre Bürgerrechte, ihre Rechte als Familie und ihre Rechte als Arbeitnehmer überall in der Union in Anspruch nehmen können. Die Union wird für unsere Bürger an Bedeutung gewinnen, wenn es ihr gelingt, die Übertragbarkeit sozialer Ansprüche sicherzustellen.

Hierfür ist jedoch ein neuer Pakt zwischen den europäischen Organen und den Akteuren in Wirtschaft und Gesellschaft sowie zwischen den unterschiedlichen – nationalen, regionalen und kommunalen – Entscheidungsebenen erforderlich. Vor allem aber **verlangt die Lage nach einer starken politischen Führung** – einer Führung, die sich dadurch auszeichnet, dass sie in der Lage ist, einen ehrlichen und fruchtbaren Dialog mit den Bürgern zu führen und partnerschaftlich zu regieren. Die Unterstützung durch ihre Bürger wird für die Union von entscheidender Bedeutung sein, nicht nur, um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Krise zu bewältigen, sondern auch, um die Strukturreformen einzuleiten, die erforderlich sind, damit Europa gestärkt in die Zukunft gehen kann.

Die EU ist mehr als nur ein gemeinsamer Markt. Sie ist auch eine Wertegemeinschaft. Mit Unterstützung der Bürger Europas kann die EU bei der Bewältigung der großen globalen Herausforderungen eine Führungsrolle übernehmen. Konfrontiert mit einer Krise, die sie nicht verursacht haben, werden unsere Bürger nur dann wieder an das europäische Projekt glauben, wenn ihre führenden Politiker ihnen ehrlich sagen, wie groß die Probleme sind, die bewältigt werden müssen, und wenn sie zu Anstrengungen aufgerufen werden, die denen vergleichbar sind, die Europa nach dem Zweiten Weltkrieg Wohlstand gebracht haben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

die Mitglieder der Reflexionsgruppe

MITGLIEDER DER REFLEXIONSGRUPPE

Felipe González Márquez,
Vorsitzender

Vaira Vīķe-Freiberga,
stellvertretende Vorsitzende

Jorma Ollila,
stellvertretender Vorsitzender

Lykke Friis (*bis November 2009*)

Rem Koolhaas

Richard Lambert

Mario Monti

Rainer Münz

Kalypso Nicolaïdis

Nicole Notat

Wolfgang Schuster

Lech Wałęsa

INHALT

DIE EU AM SCHEIDEWEG	11
ERNEUERUNG DES EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALMODELLS.....	15
WACHSTUM DURCH WISSEN: FÖRDERUNG DES EINZELNEN.....	21
DIE DEMOGRAFISCHE HERAUSFORDERUNG: ALTERNDE BEVÖLKERUNG, ZUWANDERUNG UND INTEGRATION.....	25
ENERGIEVERSORGUNGSSICHERHEIT UND KLIMAWANDEL: EINE NEUE INDUSTRIELLE REVOLUTION	29
ÄUSSERE UND INNERE SICHERHEIT: DIE EWIGE HERAUSFORDERUNG	33
EUROPA IN DER WELT: AUF DEM WEG ZUM DURCHSETZUNGSFÄHIGEN AKTEUR.....	37
DIE EU UND IHRE BÜRGER.....	41
AUF DEN STÄRKEN DER EU AUFBAUEN	45
DANKSAGUNG.....	47

DIE EU AM SCHEIDEWEG

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich in atemberaubendem Tempo ein gewaltiger Wandel vollzogen. In den letzten zwanzig Jahren ist nichts beim Alten geblieben: Unsere Arbeits-, Konsum- und Reisegewohnheiten, unsere Beziehungen zueinander, die Fragen, die uns bewegen oder beunruhigen – alles hat sich verändert. Auf die meisten dieser Veränderungen waren wir nicht vorbereitet. Die globale Finanzkrise ist nur das letzte Glied in einer Kette von Ereignissen, die uns in unseren Überzeugungen und Anschauungen erschüttert haben. Zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte Europas herrscht eine weitverbreitete Angst, dass es den Kindern von heute später weniger gut gehen wird als der Generation ihrer Eltern. Wir leben in einem Zeitalter der Unsicherheit.

Diese Lage stellt die Europäische Union vor eine beispiellose Herausforderung. Seit ihren Anfängen hat sie sich überwiegend als Anker der inneren Stabilität erwiesen und einer Hälfte unseres Kontinents nach dem Zweiten Weltkrieg Frieden, Demokratie und einen ausgewogenen Wohlstand beschert. Später hat sie auch die andere Hälfte Europas aufgenommen und damit eine bislang einzigartige politische und wirtschaftliche Integration vollzogen. Dank dieser Erfolge konnte sich die EU zur weltweit größten Wirtschaftsmacht mit einem Binnenmarkt und einer einheitlichen Währung entwickeln. Und dennoch: Da den europäischen Bürgern die Zukunft immer komplexer und ungewisser erscheint, haben sie nicht mehr – wie in den Nachkriegsjahren – das gemeinsame Ziel vor Augen.

In der Vergangenheit waren die Leistungen der EU auf den europäischen Kontinent beschränkt. Während der aufeinanderfolgenden Phasen der Integration ist Europas äußeres Umfeld relativ stabil geblieben. Heute dagegen ist die Lage völlig anders. In rascher Folge kommt es zu Veränderungen, die die ganze Welt erfassen. In den kommenden zwanzig Jahren werden nicht nur mehrere Machtpole entstehen, auch das Gravitationszentrum der Welt wird sich verlagern – nach Asien und in den Globalen Süden, auf neue öffentliche und private Akteure, auf transnationale Einrichtungen. Ursprung der Herausforderungen, vor denen Europa heute steht, sind sowohl die Entwicklungen, die sich außerhalb seiner Grenzen abspielen, als auch die Tatsache, dass die EU so zögerlich auf sie reagiert. Wenn die Union ihre Zukunft sichern will, dann muss sie ihre Ziele und ihre Politik dieser sich rasch ändernden Welt anpassen.

Die EU muss sich den Umbrüchen in der Welt stellen

Waren die letzten zwanzig Jahre schon beunruhigend, so dürften die nächsten zwanzig Jahre noch mehr Verunsicherung bringen. Gegenwärtig entsteht eine neue multipolare Welt mit diffuseren Machtverhältnissen und einer komplexeren internationalen Dynamik. Der Anteil der EU am globalen Wohlstand schrumpft unweigerlich, da ihr Wachstum geringer ist als das ihrer wichtigsten Wettbewerber. Lange Zeit konnte sich die Wirtschaft der EU auf ihr Humankapital mit seinen wegweisenden Innovationen und seiner Kreativität stützen. Doch nun gewinnen andere Regionen Vorsprung, die mehr in Forschung, technologische Entwicklung und Innovation investieren. Im Jahr 2030 wird Asien voraussichtlich an der Spitze der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung stehen und hochwertige Waren herstellen, die die Produktion und ganz allgemein die Lebensqualität verändern können.

Da die aufstrebenden Volkswirtschaften im Begriff sind, den Lebensstandard der fortgeschrittenen Industrieländer zu erreichen, steigt der weltweite Energieverbrauch. Bis zum Jahr 2030 wird der globale Energiebedarf wahrscheinlich um 50 % gestiegen sein, wobei 80 % der Versorgung auf fossile Brennstoffe entfallen dürfte. Die Abhängigkeit von Energieimporten wird voraussichtlich zunehmen, wobei die EU bis zu zwei Drittel ihres Bedarfs durch Einfuhren decken wird.

Überdies dürfte der Klimawandel zu einer Verknappung von Energie und anderen lebenswichtigen Ressourcen führen, und viele sagen voraus, dass es spätestens 2030 zu starken Engpässen kommen wird. Die Preisschwankungen und Versorgungsunsicherheiten werden durch politische Instabilität in energiereichen Ländern noch verschärft. Die erneuerbaren Energien werden zwar ein stärkeres Wachstum als die herkömmlichen Energiequellen verzeichnen, doch auch 2030 nur einen kleinen Teil der weltweiten Energieversorgung ausmachen. Dieser Trend wird noch verstärkt durch unser Unvermögen, den Verlust der biologischen Vielfalt aufzuhalten, was schwerwiegende Folgen für die langfristige wirtschaftliche Nachhaltigkeit haben wird.

Dies alles findet vor dem Hintergrund weitreichender gesellschaftlicher Veränderungen in unseren Ländern statt. In einer alternden Gesellschaft, in der auf einen

Arbeitnehmer fast doppelt so viele über 65-Jährige entfallen werden wie heute, werden die EU-Mitgliedstaaten erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, um ihre Sozialleistungssysteme zu finanzieren und ältere Menschen im Erwerbsleben zu halten. Infolge eines rückläufigen Angebots an einheimischen Arbeitskräften und Qualifikationen wird Europa mehr Wanderarbeitnehmer gewinnen müssen, was für unsere Fähigkeit, die gesellschaftliche Integration zu bewältigen, nicht ohne Folgen bleiben wird. Nicht zuletzt verändern die Umwälzungen in Technologie und Kommunikation sowohl unsere privaten als auch unsere beruflichen Beziehungen, denn sie zwingen zu neuen Lebens- und Arbeitsformen, mit denen sich viele Menschen überfordert fühlen.

Die EU hat die Wahl: Reform oder Niedergang

Noch beschleunigt wurden viele dieser Entwicklungen durch die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise – die schwerste Krise ihrer Art seit der Großen Depression, für deren vollständige Überwindung die EU Jahre benötigen wird. Die Krise hat die strukturellen Schwächen offenbart, unter denen weite Teile der europäischen Wirtschaft leiden, nämlich nachlassende Produktivität, strukturelle Arbeitslosigkeit, unzureichende Arbeitsmarktflexibilität, veraltete Qualifikationen und schwaches Wachstum.

Gleichzeitig hat die Tatsache, dass die Krise Länder wie China und Indien weniger hart getroffen hat und sich diese Länder viel schneller wieder erholen, dazu geführt, dass viele Menschen dem raschen Wandel der Weltwirtschaft kritischer gegenüberstehen. Gegenwärtig besteht die Sorge, dass die aufstrebenden Volkswirtschaften die strukturellen Schwächen Europas ausnutzen könnten, wenn sie ihr Wirtschaftspotenzial voll ausschöpfen. In Wirklichkeit kann die derzeitige Verlagerung der Wirtschaftsleistung insofern für alle Beteiligten von Vorteil sein, als mit ihr das Investitions- und Handelsaufkommen und der Verbrauch auf beiden Seiten steigen wird. Die EU kann jedoch nicht einfach davon ausgehen, dass der Aufstieg der anderen Länder letztlich für alle gewinnbringend ist. Gelingt es ihr nicht, sich den Erfordernissen der Weltwirtschaft anzupassen, so besteht die reale Gefahr, dass Europa nicht nur relativ, sondern auch absolut ins Hintertreffen gerät.

Nach 50 Jahren der Konsolidierung, die im Wege der Vertiefung wie auch der Erweiterung erfolgte, steht die EU nunmehr vor einer grundsätzlichen Entscheidung. Sie kann 2010 in eine neue Phase eintreten und sich in den nächsten 50 Jahren als globaler Akteur behaupten, oder aber sie und ihre Mitgliedstaaten können in eine Nebenrolle abgleiten und zu einem zunehmend bedeutungslosen westlichen Anhängsel des asiatischen Kontinents werden.

Bei aller globalen Ambition sollte sie allerdings nicht ihre inneren Reformen vernachlässigen, ganz im Gegenteil: Einfluss nach außen lässt sich nur über ein solides Wachstum und den inneren Zusammenhalt der gesamten Europäischen Union erreichen. Wir leben aber nun einmal in einem globalen Zeitalter, in einer Zeit des Wandels, die neue Gewinner und Verlierer hervorbringt. Wenn wir nicht zu den Verlierern gehören wollen, müssen wir jetzt beherzt handeln.

Warum eine Europäische Union?

Wir stehen heute vor ganz neuen Herausforderungen, die wir nicht mit den Mitteln der Vergangenheit bewältigen können. Ob relativer Rückgang der Bevölkerung und der Wirtschaftsleistung, Klimawandel oder Energieversorgungsengpässe – die Herausforderungen können nur im regionalen und globalen Kontext richtig verstanden und bewältigt werden. Hier kann die EU als Einheit, die mehr ist als nur die Summe ihrer Mitgliedstaaten, beweisen, was sie wert ist. Da sie vielfältige Möglichkeiten der Einflussnahme – von der globalen bis zur lokalen Ebene – besitzt, ist sie besser als jeder Mitgliedstaat in der Lage, sich den großen Aufgaben des 21. Jahrhunderts zu stellen.

Dies wird jedoch nicht automatisch geschehen. Auch wenn die EU über die erforderlichen Strukturen und Instrumente verfügt, so müssen sie doch von den Mitgliedstaaten konsequent und für den richtigen Zweck genutzt werden.

Im Grunde genommen läuft die gemeinsame Agenda der EU auf zwei übergeordnete und miteinander verflochtene Herausforderungen hinaus: Es gilt, den Fortbestand unseres Sozial- und Wirtschaftsmodells auf Dauer sicherzustellen und die Instrumente zu entwickeln, mit denen wir dieses Modell im Einklang mit

unseren gemeinsamen Werten und Interessen im globalen Kontext fördern und verteidigen können. Daher sollte die neue Agenda der Kommission "Europa 2020" unterstützt werden, auch wenn sie sich letztlich in eine breitere Perspektive einordnen muss.

Wenn die EU als handlungsfähiger und dynamischer globaler Akteur auftreten soll, dann muss sie zudem die Solidarität in den Mittelpunkt des europäischen Projekts stellen. Solidarität ist kein Anrecht, das bedingungslos beansprucht werden kann – sie ist abhängig von der Verantwortung des Einzelnen und der Gemeinschaft. Insofern kann und muss sie die EU-Politik und die Beziehungen auf allen Ebenen, zwischen Menschen und Generationen und zwischen Gemeinden, Regionen und Mitgliedstaaten, bestimmen.

Nach wie vor fällt es den europäischen Bürgern jedoch schwer, auf EU-Ebene nach Lösungen für ihre Probleme zu suchen. Wenn wir wollen, dass unsere Mission von allen mitgetragen wird, müssen sich Politiker wie Bürger das europäische Projekt zu eigen machen. Wenn die Regierungen die EU und ihre Institutionen weiterhin immer dann, wenn es ihnen zupass kommt, als fremde oder gar feindliche Größe behandeln, kann die – für den Erfolg der EU so wichtige – Identifikation der Bevölkerung mit der EU kaum gelingen. Die EU kann nämlich nur dann erfolgreich sein, wenn es gelingt, die Bürger durch mehr Teilhabe und Transparenz wieder für sie zu gewinnen.

ERNEUERUNG DES EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALMODELLS

Das Kernstück der Europäischen Union bildet ein besonderes Wirtschafts- und Sozialmodell, das im Vertrag von Lissabon als "in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft" bezeichnet wird. Es gibt mehrere Varianten dieses Modells, die sich zwar in der Qualität der Leistungen unterscheiden, sich jedoch alle in einen gemeinsamen Rahmen einordnen lassen.

Dieses Modell, das auf dem Grundgedanken beruht, dass über das Marktgeschehen wirtschaftliches Wachstum für das Erreichen sozialer Ziele angestrebt werden sollte, findet große Akzeptanz in der Öffentlichkeit. Es hat dazu beigetragen, dass in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg mächtige Industrie- und Dienstleistungsbranchen mit großem Beschäftigungspotenzial entstanden sind, was wiederum den Aufbau eines gerechten Sozialschutzsystems ermöglicht hat. Damit hat sich ein Kreis positiver Wechselwirkungen geschlossen, in dem Solidarität, Verantwortung und Wettbewerbsfähigkeit miteinander verknüpft sind.

Vor dem Hintergrund neuer nationaler wie auch globaler Zwänge muss dieses Modell jedoch neu definiert und an sich wandelnde Rahmenbedingungen angepasst werden. In den letzten beiden Jahrzehnten ist das Potenzial der Union, Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen und somit den Lebensstandard ihrer Bürger zu verbessern, hinter dem ihrer wichtigsten Handelspartner zurückgeblieben. Zwar ist es einigen Mitgliedstaaten gelungen, hier neue Wege einzuschlagen, doch hat sich die Lage insgesamt bis heute nicht verändert. Die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise hat die strukturellen Schwächen der europäischen Wirtschaft zutage treten lassen und war insofern ein Weckruf. Angesichts der wachsenden Wettbewerbsfähigkeit der aufstrebenden und der entwickelten Wirtschaften muss die EU ein kühnes neues Reformprogramm in Angriff nehmen, um ihre wirtschaftliche Effizienz zu erhöhen.

Gleichzeitig hängt der Konsens über dieses Modell davon ab, dass das Gleichgewicht zwischen seiner sozialen und seiner marktwirtschaftlichen Dimension weiterhin gewahrt bleibt. Dieses Gleichgewicht ist im Laufe der Zeit mit der Zunahme der sozialen Ungleichheiten abhanden gekommen. Nach wie vor gibt es in der EU Bürger, die unter sozialer Ausgrenzung und schlechten Arbeitsbedingungen leiden. Die Lösung dieses Problems kann indessen nicht darin bestehen, keine Wirtschaftsreformen mehr durchzuführen. Vielmehr gilt: Wenn

der Schwerpunkt wieder stärker auf die Erhöhung der wirtschaftlichen Effizienz gelegt wird, dann muss dies mit einer neuen Sozialpolitik einhergehen. Mit anderen Worten: Die Zukunftsfähigkeit des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells hängt davon ab, ob es uns gelingt, zu einem dynamischen Gleichgewicht zwischen der wirtschaftlichen, der sozialen und der ökologischen Dimension der Entwicklung zurückzufinden.

Das Streben nach Wachstum und Beschäftigung

Eine starke und international wettbewerbsfähige Wirtschaft, die sich durch hohe Produktivität auszeichnet, ist Voraussetzung für eine Verbesserung des Lebensstandards. Wirtschaftswachstum basiert immer mehr auf technologischem Wandel und stärkerer Spezialisierung im Rahmen einer zunehmenden Globalisierung. Diese Entwicklungen betreffen durch den damit einhergehenden Strukturwandel Arbeitnehmer und Unternehmen ebenso wie die Funktionsweise der Märkte und die Führung von Unternehmen. Durch die Digitalisierung erhöhen sich die Möglichkeiten der Auslagerung, und die IKT-Revolution kann breiten Raum für einen Produktionszuwachs in den kommenden Jahrzehnten bieten.

Die EU kann den Wachstumsprozess durch den weiteren Ausbau des Binnenmarkts, z.B. im Dienstleistungssektor, sowie durch die Bekämpfung jeglicher Form von Protektionismus und die Gewährleistung eines erfolgreichen Abschlusses der Doha-Runde verstärken. Das Wachstum einer dynamischen und innovativen Dienstleistungsproduktion darf nicht durch unnötige Belastungen für den Faktor Arbeit und für die Unternehmen erstickt werden; hingegen sollten Unternehmergeist und Risikobereitschaft gefördert werden. Nach unserem gemeinsamen Verständnis erfordern der technologische Wandel, die Globalisierung und die Bevölkerungsalterung dringend strukturelle Reformen zur Verbesserung von Flexibilität, Wettbewerbsfähigkeit und Dynamik.

Eine Reform des Arbeitsmarktes ist von entscheidender Bedeutung für die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen. Die Mitgliedstaaten sollten sich darum bemühen, drei zentrale Aspekte ihrer Arbeitsmärkte zu verbessern: Flexibilität und Sicherheit ihrer Arbeitskräfte ("Flexicurity"), Arbeitnehmermobilität sowie Unternehmenskultur und -führung. Auch die Erwerbsquoten

müssen erhöht werden (siehe nachstehenden Abschnitt zur Bevölkerungsalterung).

Der Erhalt der Produktivität hängt ganz entscheidend davon ab, ob die Arbeitnehmer in der Lage sind, sich an ständige Produktionsveränderungen anzupassen. Der Flexibilität der Arbeitnehmer muss eine entsprechende Arbeitsplatzsicherheit gegenüberstehen. In einer Welt des raschen Wandels muss nicht der Arbeitsplatz, sondern vielmehr der Mensch, der seinen Arbeitsplatz verliert, geschützt werden, indem seine Beschäftigungsfähigkeit verbessert wird. Dieser Schutz wird am besten durch "Flexicurity" geboten, denn mit ihrer Hilfe können Arbeitnehmer Nutzen aus den Fluktuationen des Arbeitsmarktes ziehen und zu einem besseren Arbeitsplatz wechseln. Wesentlich ist dabei, dass die Fähigkeit vorhanden ist, im Laufe des gesamten Lebens Fertigkeiten zu erwerben und sie anzupassen, und dass zugleich die Voraussetzungen für einen Qualifikationstransfer zwischen den Mitgliedstaaten und innerhalb eines Mitgliedstaates gegeben sind.

Es ist auch heute noch schwierig für Arbeitnehmer und Unternehmer, die Vorschriften und Regelungen zu kennen, die für die Aufnahme einer Beschäftigung oder die Gründung eines neuen Unternehmens gelten. Die Bürokratie kann zwar nicht per Gesetz abgeschafft werden, sollte aber auch kein Mobilitätshindernis darstellen. Vor allem aber sollte ein für alle Mal die problemlose Übertragung von Sozialversicherungsansprüchen zwischen den Mitgliedstaaten ermöglicht werden. Die Anerkennung von Qualifikationen in der gesamten EU muss gewährleistet, und Mehrsprachigkeit muss gefördert werden. Die EU sollte darüber hinaus eine neue "Politik des beruflichen Wechsels" entwickeln, um Arbeitsplatzwechsel zu unterstützen und zu erleichtern und die soziale Dimension der Union zu stärken.

Nicht zuletzt sind weitreichende Änderungen in der Unternehmenskultur und -führung notwendig, wenn die Bemühungen um eine Verbesserung der Qualifikationen der Arbeitnehmer zum Erfolg führen sollen. Die Unternehmen müssen die Initiativen der Arbeitnehmer und offene Innovation zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch neue Produktionsverfahren und -technologien stärker unterstützen. Sie müssen außerdem eine Kultur der Eigenverantwortlichkeit in den Unternehmen fördern.

Verwirklichung der sozialen Ambitionen Europas durch neue, gezielte politische Maßnahmen

Dieser neue Impuls für wirtschaftliche Reformen muss mit neuen, gezielten Maßnahmen einhergehen, die dem Einzelnen besseren Schutz und Solidarität bieten. Die Sozialleistungssysteme müssen gegen Missbrauch und risikoreiches Verhalten zuverlässig geschützt werden. Den Rechten und Ansprüchen müssen Verantwortlichkeiten und Pflichten gegenüberstehen. Insbesondere die Systeme der sozialen Sicherheit sollten so angepasst werden, dass die rasche Wiedereingliederung von Menschen im erwerbsfähigen Alter in den Arbeitsmarkt Vorrang vor einer langfristigen Unterstützung hat.

Angesichts der bestehenden Aufteilung der Zuständigkeiten im Bereich der Sozialpolitik sollten klar definierte und gemeinsam vereinbarte Zielsetzungen – wie in der Agenda "Europa 2020" empfohlen – Priorität erhalten. Die Mitgliedstaaten sollten die Führung dabei übernehmen, die Ungerechtigkeiten zu beseitigen, die sich aus zweigeteilten Arbeitsmärkten ergeben, in denen ein Teil der Arbeitnehmer den Schutz langfristiger Arbeitsverträge genießt, während andere ungeschützt und ständig von Entlassung bedroht sind.

Ebenso sollten die Mitgliedstaaten angemessene Mittel zur Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung, Armut und geschlechtsbedingter Diskriminierung bereitstellen, beispielsweise indem durch die Anwendung der bestehenden EU-Rechtsvorschriften die Einhaltung vereinbarter Mindeststandards gewährleistet wird. Entscheidend bei diesen Bemühungen wird unter anderem sein, dass Arbeitsuchende und andere Sozialpartnern die entsprechenden Möglichkeiten erhalten. Ein tragfähiger Anfang wäre in diesem Zusammenhang die Verbesserung der Informationen des "Europäischen Netzwerks für Stellenangebote" (EURES) und die Ausweitung des Zugangs von Privathaushalten, Schulen und Unternehmen zu elektronischen Infrastrukturen.

Die Union ihrerseits kann durch eine geeignete Koordinierung im Bereich der Sozial- und Steuerpolitik dazu beitragen, dass die Mitgliedstaaten ihre sozialen Ziele entsprechend ihren nationalen Präferenzen verfolgen können, ohne Wettbewerbsverzerrungen zu verursachen oder den Binnenmarkt zu beeinträchtigen. Die Unterstützung, die die Europäische Investitionsbank und

der Europäische Sozialfonds zur Bekämpfung der Armut und zur Erreichung der auf EU-Ebene vereinbarten Ziele des sozialen Zusammenhalts leisten können, sollte voll ausgeschöpft werden.

Auch sollte die EU zur Verwirklichung des Ziels einer gesunden europäischen Bevölkerung als zentrales wirtschaftliches und soziales Gut beitragen, insbesondere durch den Auf- und Ausbau von Wirtschafts- und Dienstleistungszweigen in den Bereichen Gesundheitswesen, Wohlergehen und Senioren.

Angesichts der Krise sollte nicht zuletzt auch die Wirtschaft ihren Teil der Verantwortung übernehmen und sich zur Selbstregulierung in den Bereichen Ethik, Rechenschaftspflicht, soziale und ökologische Sensibilisierung, Bekämpfung der Diskriminierung, lebenslanges Lernen und stetige Verbesserung der Arbeitsbedingungen verpflichten.

Eine allseits gewinnbringende Lösung finden: ein neuer Pakt für den Binnenmarkt

Die genannten sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen müssen mit einem reibungslos funktionierenden Binnenmarkt einhergehen, der solche Maßnahmen unterstützt. Die Entwicklung des Binnenmarktes wird seit langem durch zwei parallele Phänomene behindert: den Unwillen einiger Mitgliedstaaten, die Vorschriften über Binnenmarkt, Wettbewerb und staatliche Beihilfen anzuwenden, und die Tendenz in anderen Mitgliedstaaten, sich selbst moderaten Initiativen zur Koordinierung der Steuerpolitik zu widersetzen, die das Funktionieren des Binnenmarkts verbessern und Bedenken beseitigen könnte, wonach der Binnenmarkt die Verfolgung sozialer Ziele behindern könnte.

Nimmt man sich dieser Probleme nicht an, so werden diese Trends den negative Einfluss der Steuersysteme auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Schwierigkeiten der Mitgliedstaaten, gegen Ungleichheiten anzugehen, weiter verstärken. Zudem würden sie zu einer Abwärtsspirale beim Sozialschutz führen und den Widerstand gegen die Integration noch verstärken. Kurz gesagt, die wirtschaftliche und soziale Dimension der Entwicklung würde eine für alle Seiten nachteilige Ausprägung erhalten.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise hat mehr denn je deutlich gemacht, dass die Regeln des Binnenmarktes unbedingt eingehalten werden müssen. Ein Rückzug in wirtschaftlichen Nationalismus würde es nur noch schwerer machen, die Krise zu überwinden, und die europäische Wirtschaft würde an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen. Dennoch sind in zahlreichen Mitgliedstaaten sowohl in der Öffentlichkeit wie auch innerhalb der politischen Führung protektionistische Reflexe nur allzu weit verbreitet.

Unter diesen ungünstigen Voraussetzungen ist es eher unwahrscheinlich, dass es ohne eine neue Strategie oder eine neue Vereinbarung zur Neubelebung und Vollendung des Binnenmarktes kommt. Eine solche Vereinbarung sollte die Verpflichtung beinhalten, den Binnenmarkt innerhalb genau festgelegter Fristen auf jene Bereiche auszuweiten, in denen er noch nicht besteht oder unzureichend entwickelt ist, zuallererst auf den Dienstleistungsbereich einschließlich des Finanzsektors. In diesem Zusammenhang sind entsprechende Initiativen, wenn nicht sogar die weitere Integration, in den Bereichen Kohäsion, Sozial- und Steuerpolitik erforderlich, wobei der notwendigen Wettbewerbsfähigkeit der EU Rechnung zu tragen ist. Gleichzeitig müssen Bestrebungen im Zuge des Übergangs zu einer CO₂-armen Wirtschaft mit Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Eingliederung einhergehen, insbesondere in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Information, Gesundheit und Bankdienstleistungen.

Eine verbesserte wirtschaftspolitische Steuerung im Interesse von Stabilität und Konvergenz

Auch die globale Krise und die ständig weiter auseinanderdriftende wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Mitgliedstaaten sprechen immer deutlicher für eine stärkere Wirtschaftskoordination innerhalb der EU. Für den wirtschaftlichen Erfolg und die Einheit der EU im Allgemeinen und des Euro-Währungsgebiets im Besonderen ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Konvergenzanstrengungen der 1990er Jahre – die im Übrigen auch zur Erweiterung des Euro-Währungsgebiets geführt haben – wieder aufgenommen werden. Diese Konvergenzanstrengungen sollten auf folgenden Maßnahmen beruhen:

- Übertragung der Leitung der Wirtschaftskoordination an den Europäischen Rat unter uneingeschränkter Achtung der Rolle der Kommission und in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament, der Kommission selbst und den anderen einschlägigen Wirtschaftsinstitutionen; Stärkung und Ausweitung der Koordinierungszuständigkeiten der Euro-Gruppe, sowohl in Bezug auf die interne wie auch die externe Lenkung der Währungsunion;
- Ausbau der Verfahren zur Überwachung der nationalen Haushalte, um Transparenz sowie Solidität der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten; Appell an die Mitgliedstaaten, ihre Haushaltsverfahren und -zeitpläne zu harmonisieren;
- Ausbau der makroökonomischen Koordinierung durch ihre Ausweitung auf die Verschuldung des privaten Sektors und die Zahlungsbilanzen sowie generell auf die Voraussetzungen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit;
- Verbesserung der Glaubwürdigkeit der Haushaltspolitik insgesamt durch Schaffung eines Finanzinstruments zur Bekämpfung unerwarteter Krisen und asymmetrischer Schocks, mit dem gleichzeitig der Gefahr risikoreicher Verhaltensweisen Rechnung getragen wird;
- Verbesserung der Funktionsweise und der Aufsicht der Finanzinstitute, um einer exzessiven Fremdkapitalaufnahme und Risikoübernahme entgegenzuwirken;
- Erhöhung des Investitionsvolumens der EU durch • Festlegung eines Wachstumsziels für den Anteil der öffentlichen Investitionen an den Gesamtausgaben der Mitgliedstaaten; Aufstockung der Mittel der Europäischen Investitionsbank und des Europäischen Investitionsfonds und Anpassung des europäischen Regelungsrahmens, um längerfristig orientierte Investoren zu gewinnen und ein umsichtiges Bankwesen zu fördern, das auf die Bedürfnisse der Realwirtschaft statt auf Finanzspekulation ausgerichtet ist.

Die Herausforderung der ökologischen Nachhaltigkeit

Erschwert wird die Aufgabe der Neudefinition des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells durch das angestrebte Ziel der ökologischen Nachhaltigkeit. Sie zwingt die EU nicht nur dazu, neu über ihre Raumplanung, Städte und Verkehr, Bildung und Konsumgewohnheiten nachzudenken, sondern auch ihr Wachstumsmodell zu überdenken. Es bedarf einer "Neuen Industriestrategie", die für umweltfreundliche Technologien und nachhaltige Fertigungsverfahren eintritt. Zur Unterstützung dieser Strategie sollte die EU

- ein europäisches Innovationsgesetz erlassen, das die Finanzierungsmöglichkeiten vereinfacht und das Europäische Innovations- und Technologieinstitut ermächtigt, europaweit gemeinsame innovative Programme auszuarbeiten;
- eine Forschungsinitiative für KMU einleiten, die innovativen Jung- und Kleinunternehmen Zugang zum öffentlichen Beschaffungsmarkt verschafft;
- den Mehrwert der Wirtschaftszweige Landwirtschaft, Viehzucht und Nahrungsmittelindustrie erhöhen und gleichzeitig deren negative Umweltauswirkungen durch besseren Zugang zu den neuen Technologien und stärkere Verbrauchersensibilisierung verringern;
- eine Reihe von europäischen Forschungszentren innerhalb des Europäischen Technologieinstituts errichten oder ausweisen, deren Schwerpunkt auf erneuerbarer Energie, Energieeffizienz, IKT für nachhaltige Entwicklung und Verkehrsnetze, Biotechnologie und Nanotechnologien liegen sollte;
- als Vision einer emissionsarmen Wirtschaft im Jahr 2030 eine Strategie für den Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft festlegen und die Maßnahmen veranlassen, die die EU und die Mitgliedstaaten ergreifen müssen, um diese Vision Realität werden zu lassen.

Die Fallstricke der Lissabon-Strategie vermeiden

Wenn die Union es ernst meint mit Reformen, dann muss sie ihre Leitungsstrukturen und Ressourcen entsprechend anpassen. Dies waren die Lehren, die aus der

Lissabon-Strategie gezogen wurden, deren Versprechen, die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu gewährleisten, unzureichenden

Umsetzungsmechanismen zum Opfer fiel. Vor allem sollte das Verhältnis zwischen den auf Gemeinschaftsebene festgelegten gemeinsamen Leitlinien und deren Umsetzung auf nationaler Ebene entsprechend der internen Machtverteilung in den einzelnen Staaten durch einen wirksamen Peer-Pressure-Mechanismus mit namentlicher Kritik sowie durch positive Anreize finanzieller und anderer Art gestärkt werden. Nicht zuletzt sollten sich die Bewertungsverfahren eher auf Ergebnisse als auf den Ressourceneinsatz oder Prozesse konzentrieren.

All dies muss mit einem kohärenteren Einsatz der finanziellen Eigenmittel der Union, der Mittel der Europäischen Investitionsbank und der Haushalte der Mitgliedstaaten verknüpft werden, bei dem die zur Finanzierung der vereinbarten Prioritäten vorgesehenen Mittel gebündelt werden. Vor allem muss der Schwerpunkt unseres Handelns auf der Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen liegen. Dabei geht es nicht um irgendwelche Arbeitsplätze, sondern um solche, die einer Wissensgesellschaft entsprechen; ebenso geht es nicht um irgendein Wachstum, sondern um nachhaltiges Wachstum, das nicht ausschließlich über das BIP definiert ist. Hier liegt Europas Zukunft.

WACHSTUM DURCH WISSEN: FÖRDERUNG DES EINZELNEN

In den letzten beiden Jahrzehnten haben wissensbasierte und kreativwirtschaftliche Industriezweige und Dienstleistungen beträchtlich an Umfang gewonnen, und sie sind zu den Hauptsäulen für Beschäftigung und Wirtschaftsdynamik in Europa geworden. Die Zeit, in der der Wettbewerbsvorteil der EU in Lohnkosten gemessen werden konnte, ist lange vorbei. Intelligenz, Innovation und Kreativität sind heute die Maßstäbe. Sie sollen Europa eine Zukunft in Wohlstand sichern. Wir leben in einer Welt, die nicht nur nach hochwertigen Produkten und Märkten verlangt, sondern in der auch die Nachfrage nach hochwertigen Qualifikationen beständig zunimmt.

Und dennoch fällt Europa im Wettbewerb der Qualifikationen zurück. Halten die derzeitigen Investitionstrends an, könnte Asien 2025 im Bereich der Wissenschaften und der technologischen Entwicklungen führend sein – zu Lasten der EU und der Vereinigten Staaten. Schätzungen zufolge werden bis dahin fast eine Million Chinesen und Inder im Ausland studieren und bei ihrer Rückkehr ihre asiatischen Heimatländer durch ihr Talent und ihre Erfahrungen bereichern. Die Zahl europäischer Studenten, die außerhalb Europas studieren, ist demgegenüber vergleichsweise gering. Auch im Hochschulbereich hinkt die EU hinterher: Von den weltbesten 100 Universitäten befinden sich nur 27 in der EU, 57 hingegen in den Vereinigten Staaten. Auch in jenseits der europäischen Grenzen geführten Diskussionen über Fragen der Politik, der Wirtschaft und der Umwelt ist die EU kaum vertreten.

Die EU kann es sich nicht leisten, diesen Trend einfach hinzunehmen. Es gilt, das menschliche Talent als strategisches Schlüsselinstrument besser zu nutzen, um sozialen Aufstieg für den Einzelnen und Fortschritt für die europäische Gesellschaft insgesamt zu gewährleisten. Wenn die EU ihr Versprechen einer wissensbasierten Gesellschaft einlösen soll, muss sie auf allen Ebenen des Bildungsprozesses hervorragende Leistungen fördern, das Qualifikationsfundament ihrer Bevölkerung bedarfsorientiert ständig aktualisieren und soziale, wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen schaffen, in denen Forschung, Kreativität und Innovation florieren können.

Streben nach Exzellenz und Relevanz: Verbesserung der Bildung und der Qualifikationen

Eine in der Primar- und Sekundarstufe vermittelte solide Bildungsgrundlage kann einen enormen Einfluss auf die erfolgreiche Lebensgestaltung des Einzelnen haben. Zu viele europäische Bürger und in Europa lebende Drittstaatsangehörige haben keinen Zugang zu Bildungssystemen der höchsten Qualität. Dieser Situation muss dringend entgegengewirkt werden, beispielsweise indem Lehrer die ihnen gebührende berufliche Anerkennung erfahren, indem flexible und offene Lehrpläne entwickelt werden, die bei Kindern Neugier und Kreativität fördern, und indem die Verbindungen zwischen öffentlichen Bildungssystemen, Wirtschaft und Gesellschaft ausgebaut werden.

Ebenso gibt es nicht genügend erstklassige Universitäten in der EU, was Europa für die besten Universitätsabsolventen weniger attraktiv macht. Die EU muss hier Abhilfe schaffen, indem sie ein Netz erstklassiger Hochschuleinrichtungen aufbaut, die mit den Besten in der Welt mithalten können. Das Streben nach Exzellenz schließt nicht aus, dass gleichzeitig Anstrengungen unternommen werden, um einen umfassenderen Zugang zur Hochschulbildung zu fördern und so das durchschnittliche Bildungsniveau der breiteren Bevölkerung zu verbessern. Exzellenz erfordert eine kritische Masse und Wettbewerb, im Grunde einen "gemeinsamen Raum" für Studenten, Universitäten und die akademische Forschung.

Ferner muss die administrative und finanzielle Eigenständigkeit der Universitäten gefördert werden, da so die private Finanzierung der Hochschulbildung am effizientesten gesteigert werden kann. Im Hinblick auf ihre künftigen Verdienstmöglichkeiten sollten Studenten, die finanziell gut gestellt sind, an den steigenden Bildungskosten beteiligt werden, während gleichzeitig ein System von Stipendien und Studentendarlehen jenen Studenten zur Verfügung stehen sollte, die finanzielle Unterstützung benötigen. Auch muss der Wettbewerb zwischen den Universitäten ebenso gefördert werden wie Steuerungsmodelle, die auf Rechenschaftspflicht und Transparenz beruhen.

Hochschulsysteme, die durch Klientelismus und Korporatismus gekennzeichnet sind, müssen gründlich in Frage

gestellt werden. Künftig muss gewährleistet werden, dass sich die Hochschulen in stärkerem Maße mit der Realwirtschaft in Europa und der übrigen Welt auseinandersetzen. Dieser Reformprozess sollte Maßnahmen beinhalten, die die Mobilität von Studenten erhöhen, indem eine stärkere Inanspruchnahme des ERASMUS-Programms gefördert wird und Studenten mit Diplomen aus mehr als einem Land Vergünstigungen erhalten. Die Universitäten müssen mehr tun, um ihren Absolventen die Kompetenzen zu vermitteln, die von der Wirtschaft benötigt werden.

Die Korrektur des Ungleichgewichts zwischen Kompetenzangebot und -nachfrage muss zu einer der wichtigsten Prioritäten des Bildungssystems werden. Zu diesem Zweck muss großes Gewicht auf die Verbesserung der Kompetenzen gelegt werden, so dass der Einzelne auf Beschäftigungsübergänge sowie auf die Nutzung neuer Technologien und Kompetenzen vorbereitet ist. Voraussetzung dafür ist eine flexible Kultur des lebenslangen Lernens, in der der Einzelne zu jedem Zeitpunkt seines Berufslebens zu ähnlichen Bedingungen wie junge Menschen wieder in das Bildungssystem zurückkehren kann. Das anzustrebende Leitprinzip im gesamten Bildungssystem heißt "Lernen lernen".

Hin zu einem europäischen Forschungsraum: Erhöhung der Ausgaben für F&E

Ungeachtet zahlreicher Aufrufe, die F&E-Ausgaben beträchtlich aufzustocken, hat sich im letzten Jahrzehnt relativ wenig geändert – die Ausgaben in der EU betragen weiterhin 1,8 % des BIP. Um das Ziel der Strategie "Europa 2020", wonach 3 % des BIP der EU in Forschung und Entwicklung fließen sollen, zu erreichen und eine "Innovationsunion" aufzubauen, ist eine gemeinsame europaweite Anstrengung notwendig. Dies muss Umverteilungen im Haushalt und mehr privatwirtschaftliche Finanzierungen einschließen. EU-Zentren für vorwettbewerbliche angewandte Forschung sollten entwickelt werden (öffentlich-private Partnerschaften zwischen Ländern, Regionen und der Privatwirtschaft) und die von Forschern selbst angeregte freie Forschung sollte durch den Europäischen Forschungsrat verstärkt unterstützt werden.

Dabei wird die Vereinfachung der Verfahren für den Zugang zu öffentlicher Finanzierung, einschließlich

EU-Mitteln, ausschlaggebend sein. Vor allem kleinen dynamischen Unternehmen, die oft die treibende Kraft bei zukunftsweisenden Innovationen sind, käme dies zugute. Derzeit stehen KMU für die Hälfte des BIP der Union, auf sie entfallen aber nur 15 % der F&E-Programme. Es sind neue Formen der Partnerschaft zwischen Forschern an staatlichen Hochschulen und Forschern in der Privatwirtschaft erforderlich, um eine ständige Bündelung von Wissen während des gesamten Forschungs- und Innovationsprozesses zu gewährleisten. Insbesondere werden mehr Mittel für die angewandte Forschung benötigt, die den KMU zugute käme.

Exzellenz muss das Hauptkriterium für die Gewährung öffentlicher Hilfe sowohl auf nationaler Ebene als auch auf EU-Ebene sein. Die Rolle des Europäischen Forschungsrates muss gestärkt und ausgebaut werden, wobei die Finanzierung strikt auf der Grundlage einer durch gegenseitige Begutachtung festgestellten tatsächlichen oder potenziellen Exzellenz zu erfolgen hat. Ebenso muss die EU die Entwicklung europäischer Exzellenzzentren fördern und gleichzeitig dafür sorgen, dass dieser Prozess der Konzentration nicht zur Entstehung "intellektueller Wüsten" führt.

Und nicht zuletzt muss der Europäische Forschungsraum Wirklichkeit werden, und zwar als ein Raum ohne Grenzen, in dem das gesamte wissenschaftliche Potenzial, wo auch immer es sich befindet, dank der Freizügigkeit von Forschern und des freien Verkehrs von Ideen, Technologien und Kapital im vollen Umfang erschlossen werden kann. Dieser Prozess der Europäisierung muss seinerseits Teil einer allgemeineren Weltoffenheit sein. Der Wissenstransfer ist nunmehr zu einer unerlässlichen Ergänzung der traditionellen Triebkräfte der auf Material- und Kapitalströmen beruhenden Globalisierung geworden.

Ein Regelungsrahmen zur Freisetzung von Innovation und Kreativität

Europa fällt es oft schwer, wissenschaftliche Forschung in neue Produkte, neue Patente, neue unternehmerische Tätigkeiten und neue Arbeitsplätze umzusetzen. Der fehlende Wettbewerb in den Dienstleistungsmärkten hemmt die Innovation, treibt die Kosten in die Höhe und schränkt das Wachstum ein. Finanzdienstleistungen, digitale Dienstleistungen der nächsten Generation, Lö-

sungen im Energiesektor sowie Dienstleistungen zur Förderung der Gesundheit und des Lernens haben allesamt ein enormes Potenzial. Europa ist gut aufgestellt, um die Führung in der neuen Dienstleistungsindustrie zu übernehmen – jedoch nur, wenn sich die Dienstleistungserbringer auf einen europaweiten Markt und ein neues Regelungsumfeld stützen können, in dem Innovation und Kreativität auch wirklich florieren können.

Freie Weltmärkte, in denen die Rechte des geistigen Eigentums geachtet werden, bilden die entscheidende Grundlage für Innovation. Es ist daher wichtig, dass sich Europa auch weiterhin für einen verbesserten Marktzugang innerhalb und außerhalb Europas engagiert, was am effizientesten durch die Vollendung des Binnenmarktes sowohl für Dienstleistungen als auch für neue Technologien zu erreichen ist. Gleichzeitig muss die EU die Vorschriften für das geistige Eigentum reformieren, beispielsweise durch die Schaffung eines unkomplizierten europäischen Patentsystems, das bezahlbar, schnell und angemessen ist und einen wirksamen Schutz im europäischen Maßstab bietet.

In diesem Zusammenhang ist es ferner wichtig, die Maßnahmen einzuleiten, die für die Stärkung von Risikokapitalmärkten und die Verfügbarkeit von Startkapital erforderlich sind. Insbesondere KMU, die oft führend bei der Innovation sind, brauchen geeignetere Unterstützungsmechanismen, etwa auch Zugang zu Risikokapital, um sich auf dem Weltmarkt behaupten zu können.

Die Kreativwirtschaft wird sich auch weiterhin schneller entwickeln als die zu ihrer Unterstützung oder Regulierung vorgesehenen politischen Verfahren. Jeden Tag erschließt sie neue Horizonte und eröffnet revolutionäre Aussichten. Flexibilität und Reaktionsfähigkeit müssen deshalb das Rückgrat eines jeden Regelungsrahmens in diesem Bereich bilden. Noch wichtiger ist es, dazu beizutragen, dass sich eine Risikokultur und Unternehmergeist entwickeln. Nur so wird es der EU möglich sein, vollen Gewinn aus Forschung und Experimenten zu ziehen und dadurch neue Arbeitsplätze zu schaffen.

DIE DEMOGRAFISCHE HERAUSFORDERUNG: ALTERNDE BEVÖLKERUNG, ZUWANDERUNG UND INTEGRATION

Die Kombination einer alternden Bevölkerung und einer abnehmenden Zahl einheimischer Arbeitskräfte wird für Europa drastische Folgen haben. Wenn nicht gegengesteuert wird, entsteht ein unhaltbarer Druck auf die Renten-, Gesundheits- und Sozialsysteme und kommt es zu negativen Folgen für das Wirtschaftswachstum und das Steuerwesen. Wenn es Europa mit der Verwirklichung einer wissensbasierten Gesellschaft ernst ist, müssen Bemühungen um eine Verbesserung der wirtschaftlichen Effizienz und der Kompetenzen der derzeitigen Bevölkerung durch aktive Maßnahmen zur Bewältigung der demografischen Herausforderung ergänzt werden. Vereinte Bemühungen sind nicht zuletzt auch erforderlich, um die EU zu einem attraktiven Ziel für Zuwanderer zu machen. Ohne Migration wird die EU nicht in der Lage sein, den Arbeitskräftemangel und die Qualifikationsdefizite der Zukunft auszugleichen. Auch kulturelle Vielfalt und das Experimentieren, die Voraussetzung für Kreativität und Innovation sind, werden sich rückläufig entwickeln.

Die demografischen Trends in Europa verfestigen sich

In Europa kommen die demografischen Extreme einer sehr hohen Lebenserwartung und einer sehr niedrigen Geburtenrate zusammen. In den meisten EU-Mitgliedstaaten wird die Lebenserwartung – die gegenwärtig bei 75 Jahren für Männer und 82 Jahren für Frauen liegt – im Laufe dieses Jahrhunderts voraussichtlich um weitere 15 bis 20 Jahre steigen. Bei einer durchschnittlichen Geburtenrate von 1,5 Kindern pro Frau und dadurch, dass immer mehr Frauen auf Kinder verzichten, wird die europäische Bevölkerung immer älter, und die einheimische Erwerbsbevölkerung nimmt ab. Angesichts des gegenwärtigen durchschnittlichen Renteneintrittsalters (62 Jahre für Männer und knapp über 60 Jahre für Frauen) wird sich die Belastungsquote in Europa ohne kompensierende Maßnahmen in den nächsten 40 Jahren enorm verschlechtern, so dass schließlich vier Erwerbstätige für drei Rentner aufkommen müssen. Maßnahmen, um diesen negativen Trends entgegenzuwirken, sind dringend erforderlich.

Zunächst sollte eine familienfreundliche Politik zur Stabilisierung oder Erhöhung der Geburtenrate eingeführt werden. Darüber hinaus könnten die Auswirkungen der geringeren Zahl einheimischer Arbeitskräfte, einschließ-

lich der damit zusammenhängenden Fragen der Finanzierung des Gesundheitswesens und der Rentensysteme, teilweise durch eine höhere Produktivität abgedeckt werden. Eine beständige Produktivitätssteigerung würde eine Umschichtung von Mitteln ermöglichen, was dazu beitragen könnte, die wachsende Kluft zwischen der Zahl der Rentenempfänger und der Beitragszahler zu schließen.

Da sich die demografischen Trends in Europa jedoch verfestigen, werden die Auswirkungen dieser Maßnahmen nicht ausreichen. Letztendlich wird sich die demografische Herausforderung in der Europäischen Union nur durch Maßnahmen in zwei sich ergänzenden Bereichen lösen lassen: Steigerung der Beschäftigungsquote und Umsetzung einer ausgewogenen, gerechten und proaktiven Zuwanderungspolitik.

Erhöhung der Beschäftigungsquote: eine unabdingbare Voraussetzung

Die Erarbeitung und Umsetzung effizienter Strategien für eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben (Urlaubsregelungen, Telearbeit usw.) stellen den ersten Schritt zur Steigerung der Beschäftigungsquote dar. Ziel muss sein, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass insbesondere Frauen mit kleinen Kindern und ältere Arbeitnehmer erwerbstätig bleiben können. Trotz einer höheren Lebenserwartung treten Frauen früh in den Ruhestand ein, und ihre Beschäftigungsquote ist insgesamt niedriger als die der Männer – 58,3 % gegenüber 72,5 %. Um dem zu begegnen, muss das Augenmerk verstärkt auf Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung sowie auf Kinderbetreuungsprogrammen und Schulsystemen, die erwerbstätige Eltern unterstützen, liegen.

Der zweite Schritt besteht darin, die rechtlichen, administrativen und kulturellen Hindernisse zu beseitigen, die einer höheren Mobilität der Arbeitnehmer innerhalb der EU im Wege stehen. Zentrale Instrumente in dieser Hinsicht sind die volle Übertragbarkeit von Sozialleistungs- und Rentenansprüchen, eine bessere Fremdsprachenausbildung, die umfassende Anerkennung von Hochschulabschlüssen und Berufsqualifikationen in der gesamten EU sowie die Schaffung eines wirklich nicht-diskriminierenden Umfelds auf allen politischen Ebenen.

Nicht zuletzt müssen wir auch mit einem ganz anderen Ansatz an die Rente herangehen. Zunächst sollte der derzeitigen Frühverrentungspraxis entgegengetreten werden. Die Verrentung sollte eher eine Wahlmöglichkeit für den Einzelnen als ein Zwang sein. Das Erwerbsleben sollte durch eine Anhebung des tatsächlichen und des gesetzlichen Renteneintrittsalters verlängert werden. Programme zur Erwachsenenbildung, Lohn- und Gehaltsregelungen, Arbeitsbedingungen und Rentensysteme sollten angepasst werden, um einen Arbeitsmarkt für die 50- bis 70-Jährigen zu schaffen, indem die Einstellung und die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer attraktiver gestaltet werden.

Zuwanderungspolitik: Hin zu einem proaktiven Ansatz

Auch wenn interne Maßnahmen zur Steigerung der Beschäftigungsquote in vollem Umfang greifen könnten, würden sie nicht ausreichen, um die Auswirkungen des demografischen Wandels auf das künftige Arbeitskräfteangebot ganz zu kompensieren. Tatsache ist, dass die Zahl der Arbeitnehmer in der EU bis 2050 um etwa 68 Millionen zurückgehen wird, wenn es keine Zuwanderung gibt – was eher unwahrscheinlich ist – und die Beschäftigungsquote unverändert bleibt. Da nicht alle Zuwanderer eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, wäre letztlich ein Zuwanderungsüberschuss von rund 100 Millionen Menschen erforderlich, um diese Lücke zu schließen. Realistisch gesehen ist ein solcher Nettozuwachs in den nächsten 40 Jahren jedoch weder wahrscheinlich noch unbedingt wünschenswert. Dennoch werden Arbeitsmigranten Teil der Lösung für den Arbeitskräftemangel und die Qualifikationsdefizite in Europa sein, und die EU wird einen proaktiven Ansatz in der Frage der Zuwanderung entwickeln müssen.

Generell muss sich in Europa die Einstellung ändern. Noch allzu oft wird Zuwanderung als Belastung und nicht als Chance betrachtet. In dieser Hinsicht hat Europa noch viel von Australien, Kanada und den Vereinigten Staaten zu lernen, mit denen es im direkten Wettbewerb um talentierte und qualifizierte Zuwanderer steht. Ausgehend von den Erfahrungen in diesen Ländern muss die EU eine gemeinsame Zuwanderungspolitik entwickeln, durch die die qualifiziertesten, talentiertesten und motiviertesten Zuwanderer gewonnen werden können, und gleichzeitig Maßnahmen ergreifen, um den

Verlust an Humankapital in den Herkunftsländern zu verhindern.

Eine gemeinsame Zuwanderungspolitik für die EU sollte eine mittel- bis langfristige Strategie beinhalten, die auf qualifizierte Zuwanderer abstellt. Klare Informationen über die Vorzüge, sich in Europa niederzulassen, sollten leicht zugänglich sein. Es bedarf ferner eines vereinbarten Konzepts mit gemeinsamen Kriterien für die Aufnahme von Zuwanderern (ein Punkte- oder Bewertungssystem) unter Berücksichtigung spezieller Bedürfnisse in den Mitgliedstaaten.

Europa wird jedoch nur dann zu einem attraktiven Ziel für qualifizierte Zuwanderer, wenn diese sich akzeptiert fühlen, uneingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt haben und eigene Unternehmen gründen können. Es bedarf umfassender Integrationsinitiativen auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten, insbesondere aber auf lokaler Ebene, wo die Bedürfnisse der zugewanderten und der einheimischen Bevölkerung oft am besten erkannt und berücksichtigt werden können.

Sobald sie legal in der EU ansässig sind, sollten Zuwanderer die gleichen sozialen Rechte haben wie EU-Bürger. Das in den vorhandenen Zuwanderergruppen bestehende Potenzial zur Steigerung der Beschäftigungsquote sollte durch Investitionen in die sprachliche, berufliche und allgemeine Bildung, verbunden mit entschiedenen Antidiskriminierungsstrategien, erschlossen werden. Alle Formen der Diskriminierung von zugewanderten Arbeitnehmern und ihren Familien sollten beseitigt werden.

Menschen unterwegs: Kontrolle und Verantwortung

In einem Raum, in dem die Binnengrenzen weitgehend beseitigt sind, ist für das reibungslose Funktionieren einer gemeinsamen europäischen Zuwanderungspolitik ein glaubwürdiges Grenzschutzsystem für die Außengrenzen der EU erforderlich; dazu zählt auch ein koordiniertes System für die Vergabe von Visa an Drittstaatsangehörige, worauf auch weiter unten im Zusammenhang mit der äußeren und inneren Sicherheit der EU eingegangen wird.

Da jährlich Dutzende Millionen Drittstaatsangehörige legal die EU-Außengrenzen überschreiten, ist es ferner un-

abdingbar, dass die Kontroll- und Überprüfungsmechanismen innerhalb der Union verstärkt werden. Dadurch würde sichergestellt, dass die Kontrolle der Migration nicht einseitig an die EU-Außengrenzen und damit auf die dafür zuständigen Länder verlagert wird.

Auch in Bezug auf illegale Zuwanderer ist ein gemeinsamer Ansatz vonnöten. Die EU muss die Widersprüche in der Politik und im Verhalten der Mitgliedstaaten gegenüber Personen ohne legalen Zugang zum Arbeitsmarkt beseitigen. Dazu sollte auch eine EU-weite Angleichung der Rechte illegaler Zuwanderer gehören, um spezifische "Sogwirkungen" in einem Mitgliedstaat, die andere Mitgliedstaaten beeinträchtigen könnten, zu vermeiden.

Zum Vorgehen gegen illegale Migration sollte auch die Bekämpfung der in mehreren Mitgliedstaaten nach wie vor deutlich erkennbaren Kultur der Beschäftigung illegaler Zuwanderer, insbesondere im Bausektor, in der Landwirtschaft und in Privathaushalten, zählen. Dazu ist es unter anderem erforderlich, die interne Kontrolle von Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen in den Ländern mit einer hohen Zahl illegaler Zuwanderer zu verstärken.

Die Fortführung glaubwürdiger externer und interner Kontrollen sollte jedoch nicht die Entschlossenheit der EU untergraben, im Einklang mit ihren Grundwerten ein sicherer Zufluchtsort für Flüchtlinge zu bleiben. Die Maßnahmen im Bereich der europäischen Asylpolitik müssen stets das Recht politischer Flüchtlinge, Asyl zu beantragen, und auf eine faire Bearbeitung ihrer Anträge in der EU-27 gewährleisten.

Im Rahmen der Bemühungen um die Eindämmung der illegalen Zuwanderung und des Menschenhandels sind auch Maßnahmen erforderlich, die gefährdete Einzelpersonen und Gruppen vor einer Ausbeutung durch inakzeptable Arbeitspraktiken oder vor anderen Formen des Missbrauchs, einschließlich des Menschenhandels, schützen. Dazu bedarf es eines ständigen Dialogs zwischen den Herkunftsländern und der EU, der kohärent geführt werden und die Entwicklungspolitik der Union ergänzen muss.

Des Weiteren muss sich die EU der Zusammenhänge zwischen Migration und Entwicklung bewusst sein und politische Antworten formulieren, die sich die Synergien zwischen beiden Bereichen in vollem Umfang zunutze

machen. Eine erfolgreiche Anwerbepolitik wird unvermeidlich zur Abwanderung hochqualifizierter Kräfte führen, wodurch der Entwicklungsprozess in den Herkunftsländern gefährdet werden könnte. Die EU sollte nach Kräften versuchen, dies zu vermeiden, indem sie die betroffenen Länder dabei unterstützt, das für ihre Entwicklung erforderliche Humankapital aufzubauen.

Bilaterale Entwicklungsabkommen sollten mittels Mobilitätspartnerschaften sowie Anwerbe- und Rückübernahmeabkommen auf die Förderung der geregelten Zuwanderung abstellen. Bei der Ausarbeitung solcher Maßnahmen sollten die potenziellen Vorteile berücksichtigt werden, die eine Rückwanderung sowie eine wechselseitige Mobilität zwischen Herkunfts- und Aufnahmeländern für die Entwicklung haben kann. Eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis für die EU, z.B. in Form einer "Blauen Karte", könnte ein Anreiz für die "zirkuläre Migration" derjenigen sein, die für einen längeren Zeitraum in ihr Herkunftsland zurückkehren möchten.

Und schließlich sollte die EU in die weiterführenden Bildungseinrichtungen der Herkunftsländer investieren, um Kompetenzen aufzubauen, auf die man später gemeinsam zurückgreifen kann. Kurz ausgedrückt: Ziel sollte Ausbildung, nicht Abwerbung sein.

ENERGIEVERSORGUNGSSICHERHEIT UND KLIMAWANDEL: EINE NEUE INDUSTRIELLE REVOLUTION

Wenn nichts geschieht, wird die Energiesituation in Europa bis 2030 durch einen wachsenden Bedarf und eine rückläufige Versorgung gekennzeichnet sein. Die Abhängigkeit von kostspieligen Öl-, Gas- und Kohle-einfuhren aus Drittländern wird von derzeit 50 % auf etwa 60 % ansteigen, fossile Brennstoffe könnten bis zu 80 % des europäischen Energiemix ausmachen. Obendrein werden die Lieferungen aus Gebieten stammen, die zu den politisch instabilsten der Welt zählen. Allein aufgrund ihrer Energieintensität sind unsere Volkswirtschaften äußerst gefährdet und anfällig für Turbulenzen.

Damit nicht genug: Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Weltwirtschaft könnten in ihrem Ausmaß die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise noch übertreffen. Ohne ein angemessenes Handeln kann es bis zum Ende dieses Jahrhunderts zu einem erheblichen weltweiten Temperaturanstieg kommen, der das Verschwinden ganzer Regionen, massive Ströme von Klimaflüchtlingen und Wassermangel für Milliarden Menschen zur Folge hätte. Selbst im besten Fall wären wir mit unterschiedlichen Formen von Desertifikation, Ansteigen der Meeresspiegel, extremer Trockenheit und höheren Temperaturen – mit all ihren Konsequenzen – konfrontiert.

Wir stehen vor enormen Herausforderungen, die eine dringende Antwort sowie die Mobilisierung umfangreicher Ressourcen erfordern. So muss beispielsweise die CO₂-Produktivität (Höhe des BIP, das je Tonne emittiertes CO₂ erwirtschaftet wird) verzehnfacht werden, damit die bestehenden CO₂-Emissionsziele erreicht werden können – und das in "nur" 40 Jahren. Mithin besteht die reale Gefahr einer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Destabilisierung. Bei der Bewältigung dieser gigantischen Aufgaben dürfen wir uns jedoch nicht einfach auf den Markt verlassen. Vielmehr bedarf es weitreichender öffentlicher Interventionen und Unterstützung, um eine "neue industrielle Revolution" in Gang zu bringen. Die EU muss diese Herausforderung in eine echte Chance verwandeln.

Der gesellschaftliche und wirtschaftliche Nutzen einer neuen industriellen Revolution

Der Wirtschaftswandel und die Verhaltensänderung, die zur Verwirklichung dieses Ziels erforderlich sind, werden nicht leicht zu erreichen sein. Dahinter steht

jedoch eine einfache logische Überlegung: Schätzungen zufolge belaufen sich die jährlichen Kosten zur Verringerung der Treibhausgasemissionen auf etwa 2 % des weltweiten BIP, die Kosten der Untätigkeit hingegen auf jährlich mindestens 5 % des BIP. Gleichzeitig bietet eine nachhaltige grüne Wirtschaft weitreichende technische, geschäftliche und wirtschaftliche Chancen, die genutzt werden müssen. Die EU hat die echte Chance, die moralische und politische Führung in dieser Diskussion zu übernehmen, ohne dabei die greifbaren wirtschaftlichen und industriellen Vorteile aus den Augen zu verlieren. Dies muss aber schnell geschehen, bevor andere voraus-eilen.

Viel gewonnen werden kann auch durch die Umsetzung einer kohärenten europäischen Energiepolitik, einschließlich der Vollendung eines echten, liberalisierten Binnenmarkts im Energiesektor, einer entschiedenen europäischen Politik für Investitionen in neue Technologien und in umfangreiche gemeinsame Energieinfrastrukturen, einer gemeinsamen Position in externen Fragen und eines gemeinsamen fiskalpolitischen Konzepts, das zur Finanzierung dieser Investitionspolitik beiträgt. Damit würde die Praxis, nationale Marktführer zu fördern, beendet und der Weg geebnet für die Herausbildung europäischer Marktführer sowie die Herauslösung der Übertragungsnetze aus Unternehmen, die Strom oder Gas erzeugen und/oder verteilen ("Entflechtung"). Die in diesem Bereich noch bestehenden Engpässe müssen beseitigt werden, indem "Energieinseln" definitiv in das europäische Netz eingebunden werden.

Den größten Nutzen aus diesen Veränderungen würden die europäischen Verbraucher ziehen. Hohe Energiepreise stellen nach wie vor eine erhebliche Belastung für die Privathaushalte dar, denn sie machen 15 % ihrer Gesamtausgaben aus. Ebenso untergraben in einigen energieintensiven Sektoren hohe Energiepreise die grundsätzliche Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie. Die EU darf sich angesichts dieser Herausforderungen nicht selbstzufrieden zurücklehnen. Sie muss ihren Mitgliedstaaten helfen, indem sie eine wirklich gemeinsame und integrierte Energiepolitik entwickelt, die auf Energieeffizienz, Diversifizierung, Verringerung der Abhängigkeit und Bekämpfung des Klimawandels abzielt.

Das Naheliegendste zuerst: Revolutionierung der Energieeffizienz

Energieeinsparungen in der Industrie, im Verkehrssektor und im Bauwesen sowie bei Haushaltsgeräten sind am besten geeignet, sowohl die CO₂-Emissionen als auch die Abhängigkeit von Drittländern zu verringern. Außerdem kann die EU auf diese Weise am schnellsten konkrete Ergebnisse erzielen. Die billigste und umweltfreundlichste Energie ist eindeutig die, die gar nicht erst verbraucht wird. Auch wenn die Steigerung der Energieeffizienz nichts Neues ist, so muss es doch zentrales Ziel aller Mitgliedstaaten sein, hier weitere und stetige Fortschritte zu erreichen.

Daher sollte die Zielvorgabe für die Energieeffizienz von den derzeit vereinbarten 20 % bis 2020 auf 50 % bis 2030 heraufgesetzt werden. Die EU kann dieses Ziel fördern, indem sie strengere Effizienzstandards für Haushaltsgeräte und Neubauten sowie ehrgeizigere Emissionsziele für Kraftfahrzeuge festlegt. Sie sollte auch innovative öffentlich-private Partnerschaften für energieeffiziente Investitionen fördern und gleichzeitig Effizienzziele festlegen und deren Einhaltung durch die Mitgliedstaaten überwachen.

Das Streben nach nachhaltigerer Energieerzeugung

Die Suche nach tragfähigen erneuerbaren Energieformen muss intensiviert werden. Es steht eine Reihe vielversprechender Optionen zur Verfügung, darunter Wind- und Sonnenenergie und Biomasse. Auch sollte Europa von Öl als Hauptquelle für Verkehrskraftstoffe abkommen, indem es Standards für Biokraftstoffe sowie Elektro- und Hybridfahrzeuge fördert. Damit all das geschehen kann, muss die EU erheblich in die Modernisierung ihres Energienetzes und die Entwicklung intelligenter Energienetze ("smart grids") investieren, die für künftige Energiequellen geeignet sind und Energieverluste möglichst gering halten, so dass schließlich ein voll integriertes Energieversorgungssystem entsteht.

Die Entwicklung von Systemen zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) muss durch verbindliche Beschlüsse zu einer Reihe von Fragen unterstützt werden, die nicht länger aufgeschoben werden können. Hierzu zählen angemessene Subventionen, ein Rechtsrahmen

und ein Fahrplan für die Entwicklung dieser Systeme über die Demonstrationsphase hinaus. Um vom Versuchsstadium zur Einsatzreife zu gelangen, muss die EU neue Technologien und Verfahren für die Abscheidung von CO₂ und dessen sichere unterirdische Speicherung erforschen, entwickeln und erproben.

Die Suche nach einem tragfähigeren Energiemix muss auch die Nutzung der Kernenergie einschließen. Europa kann es sich nicht leisten, auf diese wichtige Energiequelle zu verzichten, aber damit Investitionen in die Kernenergie freigesetzt werden, bedarf es größerer Rechtssicherheit sowie der Weiterentwicklung der Sicherheitsstandards. Außerdem sind erhebliche F&E-Anstrengungen und innovative öffentlich-private Partnerschaften erforderlich, um die Energietechnologien der nächsten Generation zu entwickeln. In diesem Kontext benötigt die EU dringend einige Leitprojekte wie die Errichtung von Solarenergiezentren in Nordafrika und von Windparks in der Nordsee.

Verringerung der Energieabhängigkeit der EU von Drittländern

Die Ära des billigen Öls scheint vorbei zu sein, denn neue Vorräte sind zunehmend weiter entfernt, schwer zugänglich und kostspieliger in ihrer Ausbeutung. Gleichzeitig wird die EU bei ihrer Energieversorgung noch eine ganze Weile von externen Quellen abhängen. Gegenwärtig gilt dies für 90 % ihres Ölbedarfs, 80 % ihres Gasbedarfs und 50 % ihres Kohlebedarfs. Allein ihre Gasimporte stammen derzeit zu 42 % aus Russland. Die EU kann keine energetische Unabhängigkeit erreichen, aber sie muss sich bemühen, ihre Energieversorgungssicherheit mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu erhöhen.

Zunächst ist festzustellen, dass es noch beträchtlichen Spielraum für die Steigerung der Gasproduktion in Europa gibt. Die EU sollte die einheimische Gasproduktion unterstützen und ausbauen, indem potenzielle neue Gasvorkommen erschlossen, Genehmigungshindernisse beseitigt und Investitionen in Grenzregionen wie der Arktis ermöglicht werden. Ein erhebliches Potenzial bietet ferner die Entwicklung unkonventioneller Energiequellen wie Tight Gas (eingeschlossenes Erdgas) und Ölschiefer beispielsweise in Mittel- und Nordeuropa.

Diese Strategien müssen anschließend durch neue Bemühungen, die Anfälligkeit der EU für externe Störungen zu verringern, unterstützt werden. Das bedeutet, verlässliche und dauerhafte Beziehungen zu den wichtigsten Lieferanten, insbesondere Russland, herzustellen und gleichzeitig die Lieferwege und -verfahren zu diversifizieren, u.a. durch alternative Erdgasleitungen und den Ausbau der Einfuhr von Flüssigerdgas. Hierfür benötigt die EU eine gemeinsame Strategie und eine entschlossene Außenpolitik, damit sie ihre Interessen auf der internationalen Bühne besser vertreten kann.

Eine Führungsrolle im Kampf gegen den Klimawandel

Der Klimawandel kann nur auf globaler Ebene wirksam bekämpft werden. Das Ergebnis des VN-Gipfels in Kopenhagen war daher eine herbe Enttäuschung, denn die erreichte unverbindliche Vereinbarung wird wahrscheinlich nicht ausreichen, um die gefährliche Erderwärmung abzuwenden. Darüber hinaus hat Kopenhagen gezeigt, dass die EU auf globaler Ebene noch immer nicht als ein unverzichtbarer Gesprächspartner und Akteur anerkannt wird – und das trotz ihrer Bemühungen, mit gutem Beispiel voranzugehen, indem sie sich das ehrgeizige Ziel gesetzt hat, ihre Emissionen bis 2020 um 20 % zu verringern und gleichzeitig ihre Energieeffizienz und den Anteil ihrer erneuerbaren Energieträger um ebenfalls jeweils 20 % zu erhöhen.

Das darf nicht heißen, dass die EU in ihren Bemühungen um eine Führungsrolle bei der Bekämpfung des Klimawandels nachlassen sollte. In den Folgeverhandlungen sollte die EU ganz im Gegenteil auf eine Vereinbarung drängen, mit der sichergestellt wird, dass die von den Industrie- und den Entwicklungsländern in Kopenhagen gemachten Zusagen eingehalten werden. Dabei sollte die EU ihre legitimen Interessen verteidigen, indem sie – z.B. durch eine gezielte Strategie der Konditionalität – dafür sorgt, dass das Ergebnis einer neuen Vereinbarung den Zielen des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells dient.

Um dies zu erreichen, muss die EU aber auch intern mehr tun. So muss die Funktionsweise ihres CO₂-Marktes – der derzeit größte seiner Art – verbessert werden. Inzwischen wird allgemein anerkannt, dass der CO₂-Preis als Kernstück dieses Marktes problematisch ist und dem

Emissionshandelssystem die von der Wirtschaft geforderte Klarheit und Berechenbarkeit fehlt. Letztendlich muss der Preis auf einem Niveau festgelegt werden, das zum einen die Vermeidung von CO₂-Emissionen und zum anderen die Entwicklung tragfähiger, neuer und sauberer Technologien begünstigt. Damit einhergehend sollte der Marktmechanismus durch CO₂-Steuern ergänzt werden. Nach dem Vorbild einiger Mitgliedstaaten muss die EU diese fiskalpolitischen Maßnahmen dringend koordinieren, um Marktverzerrungen zu vermeiden.

Außerdem muss die EU die wirtschaftlichen Chancen nutzen, die ein Übergang zu einer emissionsarmen, ressourcenschonenden und dem Klimawandel standhaltenden Wirtschaft bietet. In diesem Zusammenhang müssen zusätzliche Unterstützung, Anreize und eine geeignete Infrastruktur bereitgestellt werden, damit sich leichter führende Unternehmen in der Umweltindustrie herausbilden können. In einer CO₂-armen Wirtschaft werden viele neue Industriesegmente entstehen, z.B. Elektrofahrzeuge, Energieeffizienzlösungen, Dienstleistungen für eine effiziente Wassernutzung, Biomassegeneratoren und Unternehmen für CO₂-Abscheidung und Speicherung.

Mit einer Umverteilung von 1 % des globalen BIP lassen sich in diesem neuen Wirtschaftssektor beträchtliche wirtschaftliche Gewinne erzielen. Auch wenn die EU mit einem Anteil von 40 % an den Ausfuhren erneuerbarer Technologien weiterhin Marktführer ist, erhalten in China und in den Vereinigten Staaten diese Technologiesektoren deutlich schneller sowohl Ressourcen als auch Finanzmittel für Forschung und Entwicklung. Die EU muss sicherstellen, dass sie ihre führende Rolle durch angemessene Aufstockungen bei der Neuaufteilung von Ressourcen und Finanzmitteln festigen kann.

Auch der Agrarsektor, auf den etwa 14 % der globalen Treibhausgasemissionen entfallen, darf nicht ausgenommen werden. Wälder und Böden wirken als natürliche CO₂-Senken. Die CO₂-Speicherung könnte dadurch verbessert werden, dass die Abholzung der tropischen Regenwälder gestoppt wird, Grenzertragsböden aufgeforstet werden und durch veränderte landwirtschaftliche Verfahren mehr CO₂ in den Böden gebunden wird. Die EU sollte daher Mittel der GAP in eine umweltfreundliche Landwirtschaft und Viehzucht umleiten und aktiv an Aufforstungsmaßnahmen sowohl auf EU- als auch auf internationaler Ebene mitwirken.

ÄUSSERE UND INNERE SICHERHEIT: DIE EWIGE HERAUSFORDERUNG

In den letzten zwanzig Jahren haben wir die Abkehr von einer bipolaren Weltordnung, gefolgt von einem kurzen "unipolaren Moment", in dem die Vereinigten Staaten die beherrschende Macht waren, und die allmähliche Entfaltung eines multipolaren Systems erlebt. In dieser neuen Weltordnung bestehen verschiedene Machtzentren nebeneinander in einem instabileren Umfeld. Alte Bedrohungen, einschließlich Kernwaffen, bestehen in neuer Form (Proliferation) weiter, neue Bedrohungen sind hinzugekommen. Diese neuen Formen der Unsicherheit – zu denen finanzielle Instabilität, Schädigung der Umwelt, Energieabhängigkeit, organisierte Kriminalität und Terrorismus gehören – sind vielfältiger, weniger augenfällig und weniger vorhersehbar als je zuvor.

Die Globalisierung hat auch unser Gefühl der Verwundbarkeit verstärkt, indem sie die Grenzen zwischen den internen und den externen Formen der Sicherheit aufgehoben hat. Bewaffnete Konflikte auf einem entfernten Kontinent können Europas innere Sicherheit dadurch bedrohen, dass sie große Flüchtlingsströme auslösen. Ebenso kann eine unzureichende Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung in den europäischen Ländern die Terrorabwehr in anderen Ländern gefährden. Alle Sicherheitsrisiken wiederum sind miteinander verflochten, wobei Armut und Instabilität in scheiternden Staaten zu einer Brutstätte des Terrorismus und anderer Formen der Kriminalität werden. Auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts müssen daher globale und antizipatorische Antworten gegeben werden, die nur ein Akteur vom Format der EU liefern kann.

Hin zu einem europäischen Sicherheitsmodell

Die EU hat sich lange Zeit der Aufgabe gewidmet, einen "Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts", der ihren Bürgern das tägliche Leben erleichtert, zu erhalten und weiterzuentwickeln. Die Terroranschläge, die im September 2001 in den USA, im März 2004 in Madrid und im Juli 2005 in London stattfanden, haben indessen klar gezeigt, dass auf EU-Ebene wirksamere und stärker koordinierte Maßnahmen erforderlich sind, um gegen den Terrorismus und andere grenzüberschreitende Sicherheitsprobleme vorzugehen. Dazu zählen Menschenhandel, Schleuseraktivitäten, Schmuggel illegaler Substanzen, Geldwäsche, Ausbeutung von Frauen und Kindern, natürliche sowie vom Menschen verursachte

Katastrophen, Cyber-Kriminalität, Verletzung von Rechten des geistigen Eigentums und natürlich Korruption.

Wir müssen jetzt entschieden handeln und ein neues "Europäisches Sicherheitsmodell" verwirklichen. Gestützt auf die Vision und die Ziele der vor kurzem verabschiedeten "Strategie der inneren Sicherheit" muss das Modell in erster Linie den Interessen der europäischen Bürger dienen und zugleich für die sich schnell ändernden Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerüstet sein. Es muss die Rechte und Freiheiten des Einzelnen schützen, die Zusammenarbeit und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten verbessern, sich auf die Ursachen der Unsicherheit und nicht nur auf deren Auswirkungen konzentrieren, die Prävention in den Vordergrund stellen, Bürgernähe herstellen und bei der Entwicklung eines "globalen Sicherheitsansatzes" mit Drittländern der Interdependenz der internen und externen Dimensionen der Sicherheit Rechnung tragen.

Erschwert wurde ein gemeinsames Handeln in diesem Bereich bislang durch den Widerstand der Mitgliedstaaten gegen den Austausch von Informationen und die Koordinierung der Politik in Bezug auf die öffentliche Ordnung, was nach wie vor zu den heikelsten innenpolitischen Themen zählt. Dieser Widerstand kollidiert jedoch mit den Vorstellungen der europäischen Bürger, die in der EU gerne einen gewichtigeren Sicherheitsakteur sehen würden. Ebenso wird dabei verkannt, dass sich die EU im Laufe der Zeit – und nicht zuletzt durch den unlängst verabschiedeten Vertrag von Lissabon – im Bereich der Sicherheit mit beachtlichen Instrumenten und Mitteln ausgestattet hat.

Eine Kultur der Zusammenarbeit entwickeln: Sicherheit als ein transnationales öffentliches Gut

Die Sicherheits Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen, erfordern ein wirklich EU-weites Konzept, enorme Kooperationsanstrengungen, gemeinsame Einrichtungen und die Bereitstellung angemessener Finanzmittel. Einer neuen Kultur der Zusammenarbeit bedarf es in zahlreichen Bereichen, so in der justiziellen Zusammenarbeit, bei der Strafverfolgung, bei den Grenzkontrollen, im Gesundheitswesen, im Sozialwesen und beim Katastrophenschutz. Zu diesem Zweck werden die Befugnisse der bestehenden Agenturen und Instru-

mente, wie Europol, Eurojust, Lagezentrum, Frontex und Koordinator für die Terrorismusbekämpfung, verstärkt werden müssen. Es wird auch erforderlich sein, neue Einrichtungen zu schaffen, wie etwa ein europäisches Zentrum für gute Polizeipraxis.

Außerdem sollten folgende Fragen Vorrang haben:

- Verbesserung der Systeme für den Austausch von Informationen über Netzwerkfinanzierung, Schmuggelrouten für Massenvernichtungswaffen (MVW), Folgenmanagement nach Terroranschlägen und langfristige Präventivmaßnahmen,
- Einrichtung einer europäischen zivilen Einsatzreserve von kurzfristig einsetzbaren Spezialeinheiten nach dem Vorbild der entsprechenden militärischen Komponente,
- Entwicklung eines besser integrierten Grenzmanagements zum Schutz der Außengrenzen, indem Frontex durch eine europäische Fachstelle verstärkt wird, die zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bereitsteht,
- Beseitigung der Unstimmigkeiten im europäischen Asylsystem, insbesondere durch eine einheitliche Definition des Begriffs Flüchtling,
- Einführung einer einheitlichen Visumpolitik und Einrichtung eines europäischen Konsulardienstes innerhalb des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD).

Die Politikformulierung in diesem Bereich steht allzu oft unter dem Einfluss aktueller Ereignisse, so dass das Verhältnis zwischen Verbesserung der Sicherheit und Schutz der Freiheiten des Einzelnen und der Menschenrechte stets neu austariert werden muss. In welchem Verhältnis diese beiden untrennbaren Elemente zueinander stehen sollten, wird sich je nach den Umständen im Laufe der Zeit ändern, weshalb in der EU eine ständige politische Debatte über diese Frage geführt werden muss. Selbst wenn Sicherheitsrisiken bestehen, müssen dem Zugang zu und der Weitergabe von personenbezogenen Daten klare Schranken gesetzt werden.

Vor allem müssen alle EU-Mitgliedstaaten anerkennen, dass die innere Sicherheit in hohem Maße von der Sicherung des äußeren Umfelds abhängt. Grenzüberschreitende Sicherheits Herausforderungen machen nicht

an den Grenzen der EU halt. Zur Stärkung der Sicherheit und Freiheit der europäischen Bürger werden daher zusätzliche, über die Grenzen der EU hinausreichende Maßnahmen erforderlich sein.

Äußere Sicherheit: Überwindung der strukturellen Beschränkungen

Seit mehr als zehn Jahren entwickelt die EU im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ein bedeutendes Instrumentarium. Hierzu gehören die Einsetzung eines Militärausschusses und eines Militärstabs mit Aufgaben der Frühwarnung und der strategischen Planung sowie die Einrichtung der Europäischen Verteidigungsagentur. Die EU kann ferner auf ein breites Spektrum ziviler Kräfte zurückgreifen, die in ziviler Hilfe für die örtliche Bevölkerung in Konfliktgebieten außerhalb der EU geschult sind. Diese zivilen Fähigkeiten werden immer wichtiger in Anbetracht des mittlerweile allgemein eingeführten Konzepts der "menschlichen Sicherheit", welches auf der Vorstellung beruht, dass nationale und globale Sicherheit nicht vom Wohlergehen des Einzelnen und der Gemeinschaft, in der er lebt, getrennt werden können.

Bislang hat die EU weltweit 22 Missionen mit Aufgaben der Beobachtung, Friedenssicherung und Stabilisierung eingeleitet. Diese Missionen, die häufig in Zusammenarbeit mit der NATO, den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen durchgeführt wurden, fanden bei der Mehrheit der europäischen Bürger Zustimmung. Vergleicht man aber die gesamten Militärausgaben der EU-Mitgliedstaaten (die etwa 50 % des US-Verteidigungshaushalts ausmachen) mit den erzielten Ergebnissen (die Fähigkeiten der EU zur Projektion der Kräfte in entferntere Operationsgebiete erreichen nur 10-15 % des Umfangs der US-Fähigkeiten), so hat das System eindeutige Mängel. Es gelingt den Mitgliedstaaten der EU nicht, Skaleneffekte und Synergien, die für eine optimale Gesamtleistung notwendig sind, bestmöglich zu nutzen.

Ganz allgemein leidet die EU unter einer durchgängigen strukturellen Einschränkung: dem grundlegend nationalen Charakter der europäischen Verteidigungssysteme. Da sie nicht über eigene militärische Mittel verfügt, ist die EU von den freiwilligen Beiträgen ihrer Mitgliedstaaten abhängig und diese erweisen sich häufig als

unzureichend. Die nationalen militärischen Ressourcen sind häufig noch immer auf eine Landesverteidigung gegen eine Bodeninvasion ausgerichtet, und zwar selbst in Mitgliedstaaten, in denen eine solche Invasion unwahrscheinlich ist. Generell wird zu wenig in die Art von Fähigkeiten investiert, die für die Reaktion auf neue Sicherheitslagen benötigt werden (schnell verlegbare Truppen, strategischer Lufttransport, Hubschrauber, Fernmeldeeinrichtungen, Militärpolizei).

In der Europäischen Union stehen 1,8 Millionen Soldaten unter Waffen – eine halbe Million mehr als in den Vereinigten Staaten – und dennoch ist die EU nicht in der Lage, eine 60.000 Mann starke Schnelleingreiftruppe zu entsenden, und sie hat Probleme damit, 5.000 Mann für eine Mission im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) bereitzustellen. Tatsächlich sind 70 % der europäischen Landstreitkräfte für Auslandseinsätze nicht geeignet; die heutigen Konflikte erfordern aber rasch verlegbare und durchhaltefähige Expeditionskräfte.

Generell sind die GSVP-Missionen in Art und Umfang eher Ausdruck von Stückwerk und Sachzwängen, als dass sie einem übergreifenden Plan oder einer umfassenden Strategie entsprechen. Außerdem besitzt die GSVP keine gemeinsame Finanzausstattung für ihre Missionen. Es gibt keine gerechte Lastenteilung zwischen den Mitgliedstaaten, wodurch die Bereitschaft zur Teilnahme an Militäroperationen untergraben wird.

Dies gilt auch für die zivilen Missionen der EU, zu denen weniger als die Hälfte des von den Mitgliedstaaten zugesagten Personals auch tatsächlich entsandt wird; dadurch fehlt es den Missionen an genügend in Bereitschaft stehenden Spezialkräften und an einschlägiger Erfahrung vor Ort. Um hier Abhilfe zu schaffen, muss die EU die Mitgliedstaaten aufrufen, ihre Zusagen einzuhalten und funktionierende zivile Bereitschaftspools von Richtern, Polizisten, Technikern und sonstigen Experten zu schaffen. Dies würde auch die Einrichtung eines stehenden und personell gut ausgestatteten europäischen Einsatzführungskommandos implizieren, das mit der Planung, Entsendung und Überwachung ziviler Missionen und militärischer Operationen im Ausland beauftragt wäre.

Für die EU ist es auch schwierig, auf ihren Industrie- und Technologiemarkten für Verteidigungsgüter Skaleneffekte zu erzielen: Im Vergleich zu anderen Waffenlieferanten wie z.B. den Vereinigten Staaten muss Europa sehr viel höhere Kosten aufwenden, um andererseits weit weniger zu produzieren. Die EU muss daher einen europäischen Binnenmarkt für Verteidigungsgüter schaffen und eine gemeinsame Beschaffungspolitik entwickeln. Der Erfolg des Binnenmarkts der EU kann und sollte auf den Verteidigungsbereich ausgeweitet werden, indem die Europäische Verteidigungsagentur gestärkt und die Barrieren, die noch immer die nationalen Märkte schützen, abgebaut werden.

Der Vertrag von Lissabon hält etliche wichtige Instrumente bereit, die es den Mitgliedstaaten erleichtern, die genannten Herausforderungen zu bewältigen. Durch das neuartige System der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit gestattet der Vertrag den Mitgliedstaaten, je nach Bereitschaft und vorhandenen Kapazitäten parallel und mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten voranzuschreiten, um spezifische Ziele zu erreichen. Vorreiterstaaten werden sich nunmehr höhere Ziele in Bezug auf Verlegefähigkeit, Interoperabilität und Durchhaltefähigkeit ihrer Kräfte stecken können und dadurch in der Lage sein, mehr Fähigkeiten für Missionen im Rahmen der GSVP, der NATO und der Vereinten Nationen und für sonstige Missionen bereitzustellen.

Eine europäische Vision der kollektiven Verteidigung

Der Vertrag von Lissabon dürfte die Mitgliedstaaten auch in die Lage versetzen, die Mängel bei der Finanzierung der GSVP zu beheben, da er die Bildung eines "Anschubfonds" zur Unterstützung gemeinsamer Missionen vorsieht, wobei dann in der Planungsphase der jeweiligen Missionen auf Mittel der "Sofortfinanzierung" zurückgegriffen wird.

Aber ob es nun um die Aufstockung der gemeinsamen Finanzmittel für GSVP-Missionen oder den Appell an die Mitgliedstaaten zur Bereitstellung von mehr Truppen oder zur Auffüllung des Vakuums in der strategischen Planung der EU geht – das Hauptproblem, das die EU im Verteidigungsbereich hat, besteht in den divergierenden strategischen Sichtweisen, die es in und zwischen den Mitgliedstaaten gibt. Noch immer besteht in den europäischen Hauptstädten kein Konsens über den all-

gemeinen Zweck der Verstärkung der Verteidigungsfähigkeiten der EU.

Die EU muss eine langfristige Vision der EU-Verteidigung beschließen, die in einem Weißbuch dargelegt werden könnte und klar definierte Prioritäten in Bezug auf Bedrohungen, Einsatzvoraussetzungen und Mittelbindungen enthalten sollte. Diese Vision muss eine konsequente Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der NATO und der EU vorgeben, die sich auf eine objektive Bewertung der komparativen Vorteile der jeweils anderen Organisation stützt. Wenn sich die EU-Mitgliedstaaten nicht auf ein brauchbares strategisches Konzept für die EU einigen können, wird diese nicht in der Lage sein, die Kluft zu überwinden, die zwischen den Erwartungen an die GSVP und deren operativen Fähigkeiten und Mitteln besteht.

EUROPA IN DER WELT: AUF DEM WEG ZUM DURCHSETZUNGSFÄHIGEN AKTEUR

Wenn die EU ihrer ehrgeizigen Agenda gerecht werden will, dann muss sie auf der internationalen Bühne sehr viel mehr Durchsetzungskraft zeigen. Die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Europas steigern, den Wettlauf in der Wissensökonomie anführen und die Freiheit und Sicherheit ihrer Bürger gewährleisten – das alles sind Herausforderungen globaler Natur, die nur mit internationalen Strategien angegangen werden können.

Da sich außerdem die Macht von Europa und von den Vereinigten Staaten weg verlagert, werden nun auch die Regeln für das internationale Engagement neu festgelegt. In diesem turbulenten Umfeld kann sich die EU ein planloses Vorgehen nicht länger leisten. Sie muss zum Impulsgeber werden, wenn es darum geht, den neuen Regeln der Weltordnungspolitik Gestalt zu verleihen; anderenfalls droht sie ins Hintertreffen zu geraten. Um zielstrebig voranzukommen, wird die EU sich auch für ein internationales Umfeld einsetzen müssen, in dem sie ihre Agenda zur Geltung bringen kann.

Verteidigung der europäischen Interessen in einer sich ändernden Weltordnung

In den letzten beiden Jahrzehnten haben die europäischen Länder von der zunehmenden globalen Interdependenz erheblich profitiert. Die Finanzkrise und die Instabilität auf den Finanzmärkten mit ihren Auswirkungen auf die Lebensmittel- und die Energiepreise haben jedoch deutlich gemacht, welche Gefahren eine asymmetrische Abhängigkeit birgt, besonders jene von Lieferanten knapper Ressourcen. Interdependenz ist nicht einfach nur ein Faktum, sondern vielmehr die von uns gewählte Lebensform in einer Union, deren Zweckbestimmung es ist, jede Art von Austausch zu erleichtern.

Interdependenz ist jedoch keine Selbstverständlichkeit. Sollte die Reaktion der Länder auf die Finanz- und Wirtschaftskrise darin bestehen, dass sie in einer Reihe von Fragen auf ihre Eigenständigkeit pochen, dann kann die Gefahr der Deglobalisierung Realität werden. Die EU muss dieser Möglichkeit zuvorkommen, indem sie proaktiv für das Ideal einer verantwortungsvollen Interdependenz eintritt, bei der die verschiedenen Akteure sich weiter für die Tragfähigkeit des Systems engagieren.

Die Verfechtung einer verantwortungsvollen Interdependenz setzt ihrerseits wiederum eine Welt voraus, in

der die wichtigsten Akteure ein System der multilateralen Steuerung unterstützen und sich darin einig sind, innerhalb eines solchen Systems zu arbeiten. Hierüber besteht indes nur ein fragiler Konsens, denn die Vorteile des Multilateralismus sind für diejenigen Staaten, die an der Gestaltung der nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen institutionellen Architektur nicht mitgewirkt haben, nicht immer offensichtlich. Daher bedarf es eines neuen Paktes, eines "Grand Bargain", der den Bedenken der aufstrebenden und der etablierten Mächte über die bestehenden Regeln Rechnung trägt und gleichzeitig die Bedeutung von Multilateralismus, Inklusivität, Fairness, nachhaltiger Entwicklung, kollektiver Sicherheit, Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit und fairer Handelspraxis nachdrücklich hervorhebt.

Letztlich kann Europa in einer Welt des Wettbewerbs nur dann prosperieren, wenn es sich für die Kernelemente eines erneuerten europäischen Wachstumsmodells einsetzt, das sich auf Wettbewerbsfähigkeit, Inklusion, soziale Verantwortung und Umweltverträglichkeit stützt. Andere globale Akteure, insbesondere die aufstrebenden Volkswirtschaften, werden ihre eigenen Wege gehen, weshalb es umso wichtiger ist, dass die EU in bi- und multilateralen Gesprächsrunden gemeinsame Interessen und gemeinsame Vorgehensweisen ermittelt.

In diesem Zusammenhang muss die EU eine globale Wirtschaftsstrategie entwickeln, die dem Euro als zweiter Reservewährung der Welt Rechnung trägt und sich mit den negativen Auswirkungen der globalen wirtschaftlichen Ungleichgewichte auf die Wettbewerbsfähigkeit Europas auseinandersetzt. Die EU sollte mit ihren Partnern auf ausgewogenere und flexiblere Währungsbeziehungen hinarbeiten und die Möglichkeit einer globalen Partnerschaft in Betracht ziehen, in der Länder, die eine Wechselkursbindung wünschen, diese gegenüber einem Währungskorb und nicht allein gegenüber dem Dollar festlegen.

Auf kürzere Sicht sollte die Förderung von Initiativen der IAO, wie die Globale Soziale Grundsicherung (Global Social Floor) und die Agenda für menschenwürdige Arbeit, als vorrangige Aufgabe in die Agenda der EU aufgenommen werden, wobei sicherzustellen ist, dass beide Initiativen mit dem Grundsatz der offenen Märkte vereinbar sind. Ferner sollte die EU ihr festes Bekenntnis zum "Fairen Handel" zum Anlass nehmen, um andere Teile der Welt aufzurufen, es ihr nachzutun und so ei-

nen wichtigen Beitrag zur internationalen Solidarität zu leisten.

Erweiterung des Instrumentariums der EU

Die europäischen Bürger haben den Wunsch geäußert, dass die EU zum Schutz ihrer Interessen und Werte mehr Verantwortung auf globaler Ebene übernimmt. Aber auf welche Machtquellen kann die EU sich stützen, um diesen Auftrag zu erfüllen? Die Mitgliedstaaten sollten die EU stärker als einen Machtmultiplikator begreifen, der ihnen hilft, Ziele zu erreichen, die sie sonst nicht erreichen könnten, und sie sollten stärker auf diesen Machtmultiplikator vertrauen.

Doch eine Union von 27 Mitgliedstaaten, die ihre Hoheitsrechte bündeln, um gemeinsame Beschlüsse zu erreichen, ist nicht ohne weiteres schon ein globales Machtzentrum. Der Umstand, dass die außenpolitischen Beschlüsse der EU Einstimmigkeit erfordern, wird weiterhin als Hemmschuh empfunden. In welchem Maße die EU Einfluss nehmen kann, hängt von unserer Fähigkeit ab, divergierende nationale Interessen durch Erarbeitung gemeinsamer Standpunkte zu überwinden. Die Europäische Union darf daher nicht in ihren Bemühungen nachlassen, ein größeres Maß an Abstimmung zu erreichen, damit wir mit einer Stimme sprechen oder zumindest unsere Vielstimmigkeit zu orchestrieren. Und zwar kohärent.

Dieser Prozess kann einige Zeit in Anspruch nehmen, muss aber damit seinen Anfang nehmen, dass die nationale Politik und die EU-Politik besser miteinander verzahnt werden und die Mitgliedstaaten verstärkt an gemeinsamen Aktionen teilnehmen. Dadurch, dass nationale Sichtweisen und Erfahrungen ausgetauscht und gemeinsam genutzt werden, sollte aus der Vielfalt nicht eine Schwäche, sondern eine Stärke der Außenpolitik der EU erwachsen.

Der Vertrag von Lissabon hat in mehrfacher Hinsicht zur Stärkung des außenpolitischen Instrumentariums der EU beigetragen. Beispielsweise kann das Verfahren der verstärkten Zusammenarbeit, wenn es maßvoll angewandt wird, bei anhaltenden Divergenzen in wichtigen Fragen eine Behelfslösung bieten. Der neue Europäische Auswärtige Dienst (EAD) sollte voll ausgebaut und mit entsprechendem Personal ausgestattet werden, damit

er die EU dabei unterstützen kann, ihre gemeinsamen Interessen festzustellen und – nach gebührender Abstimmung der nationalen Standpunkte – gemeinsame Politiken zu erarbeiten.

Das Grundübel bleibt gleichwohl bestehen: die Kluft zwischen den Kapazitäten der EU in den Bereichen, in denen sie über Handlungsbefugnis verfügt (Wirtschaft, Handel, Entwicklungshilfe, Wettbewerbspolitik), und dem Mangel an echten gemeinsamen Instrumenten in dem Bereich, in dem ihr ursprünglicher Auftrag erweitert worden ist: der Außen- und Sicherheitspolitik. Im Vergleich zu der Palette wirtschaftlicher und rechtlicher Instrumente, die der EU zur Verfügung stehen, fallen ihre militärischen und politischen Instrumente weit weniger ins Gewicht.

Die EU als Drehscheibe des Kontinents: Optimierung der Anziehungskraft

Für viele Menschen in der Welt bleibt die EU ein entscheidender Bezugspunkt, ein alternatives Modell zu herkömmlichen zwischenstaatlichen Beziehungen und eine transnationale Rechtsgemeinschaft, die einer zuvor durch heiße Kriege und Kalten Krieg auseinandergerissenen Region Wohlstand und Zusammenhalt gebracht hat. Diese "weiche" Macht ist der größte Trumpf der EU. Die Union muss zu einer Drehscheibe des Kontinents werden, indem sie Strategien der Inklusivität und des Engagements verfolgt. Diese Strategien wurden mit großem Erfolg in den aufeinanderfolgenden Erweiterungen der EU angewandt.

Die Union muss offenbleiben für potenzielle neue Mitglieder aus Europa und dabei jeden Beitrittsantrag für sich genommen beurteilen und prüfen, ob die Kriterien für eine Mitgliedschaft erfüllt sind. Diese stellen nämlich die "wahren Grenzen Europas" dar. Entsprechend dieser Politik des Engagements und der Inklusivität muss die Union die Zusagen, die sie den derzeitigen offiziellen Bewerbern, einschließlich der Türkei, gegeben hat, einhalten und den Verhandlungsprozess fortsetzen. Gleichzeitig sollte sie potenziellen künftigen Kandidaten als Zwischenstufe vor der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen weitreichende Abkommen anbieten.

Die Anziehungskraft der EU muss auch weiterhin das Kernstück ihrer sich ändernden Nachbarschaftspolitik

sein. Die EU muss eine größere Rolle bei der Stabilisierung ihrer unmittelbaren Nachbarschaft übernehmen, wobei sie sich auf die bestehende "Europäische Nachbarschaftspolitik", die "Östliche Partnerschaft" und die "Union für den Mittelmeerraum" stützen sollte. Diese Partnerschaften sollten genutzt werden, um mit den betreffenden Regionen einen Raum der Demokratie, der Menschenrechte, der Entwicklung und der Handelsfreiheit zu schaffen. Sie sollten auch einen fairen Zugang zum Markt der EU und – zum Vorteil der Union und ihrer Partner – schließlich einen Raum der Freizügigkeit bieten. Außerdem sollte die EU eine Politik der strategischen Koexistenz, der Modernisierung und der Schaffung einer gemeinsamen Region verfolgen.

Ein offener und inklusiver Ansatz muss auch im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der EU mit anderen Regionen, einschließlich ASEAN, MERCOSUR und SADC, verfolgt werden. In diesen und anderen Beziehungen müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten den Vorstellungen, Erwartungen und Anliegen der übrigen Welt Rechnung tragen. Die EU gilt zwar weithin als attraktives Beispiel für regionale Integration, verspielt dieses Kapital jedoch oft durch eine bevormundende Haltung. Wir müssen mit unserer Reputation klug umgehen und unsere Glaubwürdigkeit als Verhandlungsmacht stärker unter Beweis stellen.

Strategien in die Tat umsetzen

Die Wirkung des auswärtigen Handelns der EU wird weitgehend davon abhängen, ob sie sich auf die vielen Herausforderungen einstellen kann, denen sie in den beiden kommenden Jahrzehnten gegenüberstehen wird. Die Sicherung ihrer wirtschaftlichen Stärke und ihres inneren Zusammenhalts wird daher eine unerlässliche Voraussetzung sein, wenn die EU in der Lage sein soll, ihre Macht nach außen zu projizieren. Bei der Festlegung der außenpolitischen Position der EU darf aber der Prozess der Politikformulierung nicht nur von den Ereignissen gesteuert werden. Es bedarf dringend eines gemeinsamen europäischen strategischen Konzepts.

In diesem Konzept sollte die Politik der Union auf dem Gebiet der Diplomatie, des Militärs, des Handels und der Entwicklung mit den externen Dimensionen ihrer gemeinsamen Wirtschaftspolitik (WWU, Energie, Verkehr usw.) zusammengeführt werden. Nur wenn sie

alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente miteinander verzahnt, wird die Union als transformative Macht auftreten und dazu beitragen können, die Regeln des Weltregierens nezugestalten. Das strategische Konzept könnte mittels eines Weißbuchs, das regelmäßig zu aktualisieren wäre, die Festlegung der langfristigen Prioritäten der Union erleichtern und zum Bezugsrahmen für das laufende auswärtige Handeln werden.

Zu diesem Zweck könnte eine europäische Prognose- und Analysestelle eingerichtet werden, die Teil des Europäischen Auswärtigen Dienstes wäre und nach dem Grundsatz des Austauschs von Erkenntnissen eng mit den entsprechenden nationalen Stellen zusammenarbeiten würde. Eine solche Stelle würde dazu beitragen, die Notwendigkeit einer ständigen Überprüfung der aktuellen Politik stärker ins Blickfeld zu rücken. Darüber hinaus würde eine europäische diplomatische Akademie dazu beitragen, ein Gefühl der gemeinsamen diplomatischen Kultur zu entwickeln.

Nur wenn sie in ihren auswärtigen Angelegenheiten einen solchen strategischen Ansatz weiterentwickelt, wird die EU in der Lage sein, ihre enormen finanziellen Anstrengungen (weltweit die mit Abstand umfangreichsten) wirksamer in politischen Einfluss umzumünzen. Sie sollte ihren strukturellen Vorteil nutzen, um eine geschickte Entwicklungs- und Handelspolitik zu betreiben. Beispielsweise sollte die EU weiterhin Klimaschutzmaßnahmen in den ärmsten Regionen unterstützen, die am stärksten vom Klimawandel betroffen sind und doch am wenigsten zur Erderwärmung beigetragen haben. Sie sollte auch ihre Anstrengungen im Rahmen des Konzepts "Armut durch Handel bekämpfen" insbesondere durch die Einfuhr von Agrarprodukten fortsetzen. Dies wird die politische Führung in Europa vor politisch schwierige Entscheidungen stellen, nicht zuletzt in der Frage des Abschlusses der Doha-Runde.

Indem sie ihr breit gefächertes Instrumentarium strategisch einsetzt, sollte es der EU auch möglich sein, sich zu einem erfolgreicherem Verfechter von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten zu entwickeln. Eine Politik der Konditionalität, die demokratische Akteure zu selbstbestimmtem Handeln befähigt und dem Machtmissbrauch durch autoritäre Regime entgegenwirkt, muss mit mehr Umsicht betrieben werden. Hierzu wird es erforderlich sein, mit Partnern der Zivilgesellschaft, einschließlich Frauen- und Minderheiten-

verbänden, und nicht nur mit Gesprächspartnern aus Regierungskreisen zu diskutieren, nach dem "Bottom-up"-Ansatz Maßnahmen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit weltweit zu treffen und bei der Beobachtung von Wahlen kohärenter vorzugehen. In den nächsten beiden Jahrzehnten muss diese Agenda des Regierens in größtmöglichem Umfang multilateral angelegt werden.

Schließlich wird es noch notwendig sein, einen EU-Ansatz für eine Reform der globalen Steuerungsstrukturen zu entwickeln. Die EU sollte bei den Reformbemühungen, die darauf abzielen, dass die internationalen Institutionen über mehr Legitimität verfügen und den Grundsatz der geteilten Verantwortung fördern, die Führung übernehmen und dabei gleichzeitig für ihre eigenen Interessen eintreten. Dazu sollte eine Vereinfachung und Bündelung ihrer Vertretung, insbesondere in internationalen Wirtschaftsforen, gehören. Solange es noch keine einzige EU-Vertretung gibt, sollten die in internationalen Organisationen vertretenen EU-Mitgliedstaaten ihre Standpunkte vorab koordinieren und sie einhellig vertreten.

DIE EU UND IHRE BÜRGER

Seit den Anfängen der europäischen Integration zeichnete sich die Beziehung zwischen der Union und ihren Bürgern überwiegend durch einen "passiven Konsens" aus. In den letzten Jahren jedoch beginnt sich dies zu ändern. Die Europäer stellen höhere Ansprüche an die EU und bewerten ihre Leistung kritischer; auch hegen sie Zweifel an der Legitimität des europäischen Projekts. Besonders spektakulär brachten sie dies bei den negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden und anschließend in Irland zum Ausdruck. Die Öffentlichkeit wird die EU erst dann wieder als eigenes Projekt wahrnehmen, wenn unsere Völker darauf vertrauen, dass ihre Werte und Interessen besser von der Union vertreten werden. Die Stärkung dieses Gefühls der Teilhabe muss zur Triebfeder all unseres gemeinsamen Handelns werden.

Verantwortungsvolles Regieren heißt Verantwortung gemeinsam wahrnehmen, Maßnahmen erläutern und Ergebnisse vorweisen

Durch "verantwortungsvolles Regieren" kann die EU am allerbesten die Verbundenheit und das Engagement ihrer Bürger auf Dauer sichern. Verantwortungsvolles Regieren beruht auf den Grundsätzen der Offenheit, Teilhabe, Machtteilung, Rechenschaftspflicht, Partnerschaft und Effektivität, muss aber auch mit dem Subsidiaritätsprinzip in Einklang stehen, d.h. mit dem Konzept, dass Entscheidungen möglichst bürgernah und auf der Ebene getroffen werden sollten, die hierfür am besten geeignet ist.

Die EU ist bestrebt, diesen Grundsätzen durch ein "Mehrebenensystem" Rechnung zu tragen, wobei Zuständigkeiten nicht auf verschiedene Ebenen der Hierarchie aufgeteilt, sondern von ihnen gemeinsam wahrgenommen werden. In der Praxis handelt es sich um ein System von vereinbarten, verbindlichen und transversalen Netzen, die zwischen Gemeinden, Regionen, staatlichen Stellen und EU-Organen sowie zwischen Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden und anderen Nichtregierungsorganisationen bestehen. Über diese Netze und innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaften und Gemeinden können sich die europäischen Bürger in Bereichen, die für die Zukunft der EU von Bedeutung sind, Gehör verschaffen.

In einem Mehrebenensystem nimmt jede Zuständigkeitsebene – die europäische, die nationale, die regionale und die kommunale – ihre Befugnisse entsprechend ihrer jeweiligen gesetzlich bestimmten Verantwortung wahr. Somit bietet das System die Voraussetzungen, unter denen die Mitgliedstaaten – ungeachtet ihrer Größe, Bevölkerungszahl oder Wirtschaftskraft – unter Achtung ihrer unterschiedlichen Kulturen, Sprachen, Religionen sowie regionalen und lokalen Besonderheiten zusammenwachsen können. Gleichzeitig wird das souveräne Recht der Mitgliedstaaten respektiert, darüber zu entscheiden, wie sie die Staatsgewalt in ihren eigenen Grenzen dezentralisieren.

Die Tatsache, dass die Bürger an vielen Stellen ansetzen können, um Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess zu nehmen, dürfte der EU die Legitimität und Flexibilität verschaffen, die sie braucht, um die Herausforderungen zu bewältigen, die sich im Zuge der Globalisierung in einer digitalen, interdependenten, netzorientierten und offenen Gesellschaft stellen. Das Regieren im Mehrebenensystem hat jedoch nicht automatisch zur Folge, dass sich die Öffentlichkeit verantwortlich eingebunden sieht. Vielmehr handelt es sich um ein komplexes System, das genutzt, gepflegt und vor allem der Öffentlichkeit vermittelt werden muss.

Somit ist unbedingt mehr Transparenz und Genauigkeit erforderlich, wenn es darum geht, die Politikgestaltung der EU zu vermitteln. Die Öffentlichkeit muss ein ausgewogenes Bild der EU erhalten, das sowohl die Stärken als auch die Schwächen aufzeigt und sie weder idealisiert noch übertrieben pessimistisch darstellt. Anstelle einer *Kommunikationspolitik*, die manchmal schon an Propaganda grenzt, sollte die *Kommunikation über die Politik* im Vordergrund stehen, d.h. es sollte klar und offen erläutert werden, worum es geht und welche Optionen es gibt. Nicht zuletzt müssen die Mitgliedstaaten Rechenschaft ablegen über ihr Handeln in Brüssel und darüber, was sie zur Umsetzung der EU-Beschlüsse tun.

Letztlich aber wird verantwortungsvolles Regieren an seinen Ergebnissen gemessen. Die EU hat ihren Bürgern bereits viele Vorteile gebracht – beispielsweise durch den Euro, die Kohäsionspolitik, die Gemeinsame Agrarpolitik oder Schengen –, auch wenn diese Errungenschaften nicht immer als ihr Verdienst gesehen werden. Doch bleibt noch viel zu tun. Umfragen zeigen immer wieder, dass die Öffentlichkeit in Bezug auf sensible

Politikbereiche wie Sicherheit, Terrorismus, Energie und Klimawandel sowie Außenpolitik sehr viel von der EU erwartet. Die EU sollte sich dieser Herausforderung stellen – mit neuen Zielen und deutlicherer Ergebnisorientierung. Kurz, sie muss ohne große Rhetorik verständlich darlegen, welche Vorteile sie ihren Bürgern bietet.

Die neuen Instrumente des Lissabon-Vertrags nutzen: politische Bürgerschaft in der Praxis

Verantwortungsvolles Regieren und ein stärker ergebnisorientiertes Vorgehen sind zwar unabdingbare Voraussetzungen dafür, dass die Bürger die EU unterstützen. Sie dürften jedoch alleine nicht ausreichen. Trotz der bisherigen Erfolge der Union herrscht unter den Bürgern eine besorgniserregende Gleichgültigkeit, wenn nicht gar Verdrossenheit gegenüber dem europäischen Projekt. Dies können wir nicht länger ignorieren. Wir müssen den Pakt zwischen der EU und ihren Bürgern erneuern und dabei das gesamte Instrumentarium, das uns der Lissabon-Vertrag bietet, nutzen, um die Unterstützung und Beteiligung der Öffentlichkeit zu gewinnen.

Mit dem Vertrag von Lissabon erhält das Konzept der "politischen Unionsbürgerschaft" größeres Gewicht, denn dieser sieht vor, dass Bürgerinitiativen zu Fragen der Gesetzgebung ins Leben gerufen werden können, und er wertet die Rolle der nationalen Parlamente auf. Mit der Zeit wird sich zeigen, in welchem Maße diese Neuerungen zur Entwicklung eines europäischen öffentlichen Raums, zur Stärkung des politischen Bewusstseins und zu einer größeren Legitimität der Union beitragen. Gegenwärtig gibt es noch keine wirklich europäische politische Bühne, und Politik wird wohl weiterhin im Wesentlichen auf nationaler Ebene betrieben. Wenn die Union jedoch ihre Legitimität erhöhen will, muss sie alles daransetzen, um die politische Bürgerschaft zu fördern. Zu diesem Zweck sollte sie

- die politischen Rechte weiterentwickeln. Die geltenden Bestimmungen des Lissabon-Vertrags sollten verstärkt werden, und zwar erstens, indem die Mitgliedstaaten ermutigt werden, Angehörigen anderer Mitgliedstaaten, die sich bereits eine bestimmte Zeit als Steuerzahler in ihrem Hoheitsgebiet aufhalten, das Wahlrecht bei nationalen Wahlen einzuräumen, zweitens, indem die Wahl des Europäischen Parlaments durch Einführung grenzüberschreitender Listen "eu-

ropäisiert" wird, und drittens, indem die nationalen Parlamente als Sprachrohre genutzt werden, über die sich die Öffentlichkeit an europäischen politischen Debatten beteiligen kann.

- den Bürgern den Sinn der Wahlen besser vermitteln. Die Europawahlen stoßen bislang bei den Bürgern kaum auf Interesse. Wenn sich dies ändern soll, müssen die Bürger besser über die EU-Politik informiert sein; vor allem müssen sie sich mit den Europapolitikern identifizieren können. Bei Wahlen zum Europäischen Parlament sollten die Parteien der EU künftig wirklich europäische Programme präsentieren und Kandidaten aufstellen, die sich um das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission bewerben.
- für mehr Öffentlichkeit und Transparenz sorgen. Dies gilt sowohl für Entscheidungen, die auf höchster Ebene getroffen werden, wie die Ernennung des ständigen Präsidenten des Europäischen Rates und des Hohen Vertreters, als auch für die tägliche Arbeit der EU. Bewerbstelligen lässt sich dies auf vielfältige Weise, z.B. dadurch, dass systematischer digitale Ressourcen eingesetzt werden (e-Governance), die öffentlichen Medien eine europäische Dimension vermitteln und privaten Medien Anreize für die Ausstrahlung von Programmen über die EU geboten werden.
- mehr partizipative Demokratie in Europa fördern. Es sollte selbstverständlich sein, dass die Zivilgesellschaft regelmäßig zu Gesetzgebungsvorhaben angehört wird. Deshalb sollten der Wirtschafts- und Sozialausschuss und der Ausschuss der Regionen von der Kommission und vom Rat systematischer angehört werden.

Mehr Eigenverantwortung und stärkere Identifikation: "Bottom-Up"-Ansatz

Wenn die Bürger sich das europäische Projekt uneingeschränkt zu eigen machen sollen, dann braucht die EU ein gemeinsames Verständnis ihrer Geschichte, ihrer Alltagsrealität und ihrer Zukunft. Die historischen Ursprünge der EU, die aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs hervorgegangen ist, sind bekannt. Dieses Wissen gilt es zu pflegen und zu fördern, um einen Rückfall in die Barbarei der Vergangenheit zu verhinder-

dern, aber auch, um der übrigen Welt einen Maßstab zu bieten.

Der Lissabon-Vertrag bietet einen umfassenden Bestand an Rechten und Vorteilen, die den Bürgern im Alltag zugute kommen. Nach dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung umfasst diese "soziale" Dimension der Unionsbürgerschaft unter anderem das Recht, sich innerhalb des Hoheitsgebiets der Mitgliedstaaten frei zu bewegen, aufzuhalten und zu arbeiten, sowie die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen.

Leider gibt es in den Mitgliedstaaten nach wie vor protektionistische oder korporatistische Reflexe, die die EU-Bürger immer wieder daran hindern, diese Rechte wahrzunehmen. Dagegen sollte mit den folgenden vier Maßnahmen vorgegangen werden:

- Ausbau der Informationsdienste, die von den kommunalen Behörden angeboten werden, um die Öffentlichkeit über die Rechte und Vorteile der Unionsbürgerschaft aufzuklären;
- Einführung eines spezifischen Verwaltungsinstruments, das Einzelpersonen als Nachweis ihrer Unionsbürgerschaft dienen würde und das auf freiwilliger Basis benutzt werden könnte, um eine Aufenthaltsgenehmigung und Zugang zu Beschäftigung und zur Sozialversicherung zu erhalten;
- Einführung einer Regelung, nach der die Bürger einen europäischen Rechtsstatus ("28. Regime") in Anspruch nehmen könnten, der neben den derzeitigen 27 nationalen Regelungen für vertragliche Beziehungen in bestimmten Bereichen des Zivil- oder des Handelsrechts gelten würde;
- Einführung eines Systems zur Bewertung der Auswirkungen des EU-Rechts, wobei die diesbezüglichen Befugnisse der Kommission uneingeschränkt zu nutzen sind, und Entwicklung von Maßnahmen zur verstärkten Durchsetzung und Anwendung des EU-Rechts auf nationaler Ebene. Dabei sollten das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente eine federführende Rolle spielen.

Diese Maßnahmen werden, sofern sie richtig umgesetzt werden, zwar die Wertschätzung der Öffentlichkeit für das europäische Recht und die Organe der EU erhöhen,

alleine jedoch noch kein europäisches Zugehörigkeitsgefühl hervorbringen. Dieses kann sich nur allmählich entwickeln, vor allem bei den jüngeren Generationen Europas.

Die Schulen können wesentlich dazu beitragen, dass sich Kinder und Jugendliche stärker mit Europa identifizieren, indem sie Unterricht in den europäischen Sprachen anbieten, Lehrbücher über das gemeinsame kulturelle Erbe Europas verwenden und Kurse über die Unionsbürgerschaft anbieten. Die Austauschprogramme nach dem Vorbild des äußerst erfolgreichen ERASMUS-Programms für Hochschulstudenten sollten auch auf Grundschulen und weiterführende Schulen ausgedehnt werden. Zudem sollte in Abstimmung mit den Mitgliedstaaten ein "europäischer Zivildienst" entwickelt und eingeführt werden, der jungen Menschen als Plattform dienen könnte, um sich im Rahmen von gemeinnützigen Aufgaben innerhalb und außerhalb der Union zu engagieren.

Wir alle besitzen eine mehrfache Identität mit lokalen, regionalen und nationalen Elementen. Ohne Zweifel werden für die Bürger noch lange Zeit in erster Linie diese Hauptidentitäten maßgeblich sein. Sie müssen jedoch einhergehen mit einer neu entstehenden "europäischen" Identität, die auf einer gemeinsamen Sicht der Geschichte der EU, den praktischen Vorzügen der Unionsbürgerschaft sowie auf einer gemeinsamen Vorstellung von der Zukunft Europas und ihrem Platz in der Welt beruht. Nur wenn die gemeinsame Agenda und die Zielsetzung der EU im 21. Jahrhundert klar und deutlich dargelegt werden, werden sich unsere Bürger das europäische Projekt in stärkerem Maße zu eigen machen.

AUF DEN STÄRKEN DER EU AUFBAUEN

Für viele Menschen liegt das Jahr 2030 noch in ferner Zukunft, und sie geben nur wenig auf Voraussagen. Wir sollten uns aber keinen Illusionen hingeben. Die Welt erlebt eine Zeit schneller und weitreichender globaler Veränderungen, die sich auch weiterhin erheblich auf das Leben unserer Bürger auswirken werden. Die letzten zwanzig Jahre waren vielleicht nur eine Andeutung dessen, was die Zukunft bereit hält. In den nächsten zwanzig Jahren werden viele der Trends, die wir gegenwärtig erleben, sich unausweichlich beschleunigen und verstärken. Langfristig denken, aber jetzt entschlossen handeln – diese Botschaft muss die europäische Politikgestaltung in diesem Zeitalter der Unsicherheit prägen.

In den kommenden Jahren muss die EU eine ehrgeizige Agenda verfolgen. Wir müssen die Union, ihre Mitgliedstaaten und ihre Bürgern einander näherbringen, das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell in einer Zeit erneuern, in der seine Nachhaltigkeit durch innere und äußere Kräfte in Frage gestellt wird, die Wissensgesellschaft errichten, indem wir jeden Einzelnen fördern, das Beste aus sich wandelnden demografischen Mustern und der Zuwanderung machen, Energieknappheit und Klimawandel als Chancen für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung nutzen, das richtige Gleichgewicht zwischen Freiheit und Sicherheit finden und so an der Gestaltung der Welt mitwirken, dass die europäischen Werte und Interessen zuverlässig gewahrt werden.

Eine gemeinsame Agenda und eine gemeinsame Vision für die Zukunft Europas

Aufgrund dieser Ziele und Ambitionen ist es notwendig, dass sich in der Haltung der nationalen Regierungen gegenüber der EU eine Wende vollzieht. Zu oft verstehen die Regierungen nicht, dass in einer zunehmend interdependenten und multipolaren Welt ihren langfristigen Interessen am besten gedient ist, wenn diese auf europäischer statt auf nationaler Ebene vertreten werden. Sie haben es versäumt, die Unterstützung und die Beteiligung der Bürger zu gewinnen, obwohl dies für die Legitimation des Projekts unerlässlich ist. Zu oft haben sich die Mitgliedstaaten auf sich selbst zurückgezogen und sich allein auf ihre nationalen Interessen konzentriert – zum Nachteil des umfassenderen europäischen Interesses.

Die EU muss dringend eine gemeinsame Vorstellung davon entwickeln, wie sie ihre ehrgeizige Agenda verwirklichen will. Sie muss festlegen, welche Maßnahmen für die Anpassung an das globale Zeitalter erforderlich sind und welche finanziellen und sonstigen Auswirkungen ein Stillstand hätte. Kurz gesagt, sie muss eine gemeinsame Vision vermitteln, wie Europa seine Zukunft sichern kann. Wir stehen also vor der Entscheidung, ob wir auf den Stärken der EU aufbauen und ihr kollektives Gewicht nutzen, um zu einem durchsetzungsfähigen und ernst zu nehmenden Akteur in der Welt zu werden, oder ob wir die Zersplitterung pflegen und die Möglichkeit eines völligen Niedergangs Europas in einer Welt ins Auge fassen, in der die Regeln von denen gemacht werden, die wirklich eine Rolle spielen.

Im Interesse unserer Bürger!

Europa besitzt reale Stärken. Mit dem größten Markt der Welt, einem Viertel des Welthandels und zwei Dritteln der weltweiten Entwicklungshilfe hat die EU Gewicht. Sie bietet eine gemeinsame Infrastruktur, die den Bürgern eine breite Palette von Rechten, Diensten und Chancen eröffnet. Die politischen Strategien und Programme der EU haben dazu beigetragen, einen vernetzten Politikbereich zu schaffen, der Kommunikation, Verkehr, Sozialfragen, Forschung und Bildung einschließt. Dadurch, dass die EU diese sogenannten "gemeinsamen Räume" organisiert und regelt, ebnet sie ihren Bürgern, Unternehmen und Regierungen den Weg für eigene Betätigungen.

Die EU genießt auch hohes Ansehen. Viele möchten an der Union teilhaben – entweder durch Beitritt oder Zuwanderung. Sie bietet eine hervorragende Lebensqualität, die sich in einer der höchsten Lebenserwartungen der Welt niederschlägt. Das Regierungsmodell der EU – "Regieren in Partnerschaft" – ist ein Beispiel für wirkungsvollen Regionalismus: Die EU ist ein gemeinsamer öffentlicher Raum mit gebündelter Souveränität, in dem es möglich ist, gemeinsame Interessen zu definieren, der über starke Institutionen verfügt und die Rechtsstaatlichkeit zum Primat erhoben hat. Die EU hat ihre Stärken: politische Stabilität, solide rechtliche Grundlagen, Errungenschaften im sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt, kulturellen Reichtum und ethnische Vielfalt.

Die EU ist mehr als nur ein gemeinsamer Markt. Sie ist auch eine Wertegemeinschaft, die sich zu den Menschenrechten, zu Frieden, Freiheit und Solidarität bekennt. Diese Werte haben universelle Bedeutung. Mit der Unterstützung der europäischen Bürger, Wissenschaftler und Politiker auf allen Ebenen kann die EU sich an die Spitze der internationalen Anstrengungen zur Bewältigung der großen globalen Herausforderungen setzen, zu denen sozialer Zusammenhalt, Klimawandel, nachhaltige Entwicklung und Frieden unter den Völkern zählen.

Nicht zuletzt besitzt die EU die Fähigkeit, im langfristigen Interesse der europäischen Bürger zu denken und zu handeln. Die Mitgliedstaaten unterliegen oft den Zwängen des politischen Alltags, die ihr Handeln einschränken und einer langfristigen Planung im Wege stehen. Die europäische Politikgestaltung ist weniger anfällig für diesen kurzfristigen Druck und bietet somit mehr Raum für neue Vorschläge. Nach der Annahme des Vertrags von Lissabon verfügt die EU nun u.a. mit der verstärkten Zusammenarbeit und vereinfachten Änderungsverfahren über die erforderlichen Instrumente, um ihre Vorschläge in die Tat umzusetzen. Sie kann sich jetzt mehr denn je auf die langfristigen Interessen und Bedürfnisse ihrer Bürger konzentrieren.

Die Frage ist nun, ob wir zu unserem gemeinsamen Vorteil auf den Stärken der Union aufbauen können. Die Globalisierung und die Entstehung eines neuen Kräftegleichgewichts in der Welt sind wichtige neue Gründe für ein gemeinsames Handeln der EU. Aber nur mit soliden Grundlagen kann die EU zu einem international anerkannten Akteur werden. Diese Aufgabe erfordert politischen Mut und kollektiven Ehrgeiz, soliden Pragmatismus und eine klare Vorstellung von den Idealen, für die es sich einzusetzen lohnt, bei uns und anderswo. Wir müssen hierfür den Weg bereiten – gemeinsam und jetzt.

DANKSAGUNG

Wir - die Mitglieder der Reflexionsgruppe - danken allen Personen und Einrichtungen, die uns auf unterschiedlichste Weise sehr wertvolle Hilfe dabei geleistet haben, die uns übertragene Aufgabe wahrzunehmen. Unser besonderer Dank gilt

dem Sekretariat der Reflexionsgruppe, ohne dessen Einsatzbereitschaft und Effizienz wir unsere Aufgabe nicht hätten meistern können: Žiga Turk, Generalsekretär; Max Keller-Noëllet, Sonderberater; Nicolás Pascual de la Parte, Noel White, Eija Kaskimo und Gwen McLean;

unseren Beratern und Assistenten für ihre engagierte und unermüdliche Arbeit: Carlos Westendorp y Cabeza, Sonderberater des Vorsitzenden, Felipe González Márquez; Rolands Lappuke, Berater der stellvertretenden Vorsitzenden, Vaira Vike-Freiberga; Nina Hyvärinen, Beraterin des stellvertretenden Vorsitzenden, Jorma Ollila; Jean Ellermann-Kingombe, Berater von Lykke Friis; Stephan Petermann, Berater von Rem Koolhaas; Elin Burns, Beraterin von Richard Lambert; Stefano Grassi, Berater von Mario Monti; Gregor Woschnagg, Berater von Rainer Münz; Lars Hoffman, Berater von Kalypso Nicolaidis; Guillaume Klossa, Berater von Nicole Notat; Alexander Kreher, Berater von Wolfgang Schuster; Andrzej Gulczynski, Berater von Lech Walesa;

allen Persönlichkeiten und Fachleuten, die an unseren Sitzungen teilgenommen haben und uns großzügig an ihrem Wissen und ihrer Erfahrung teilhaben ließen: José Manuel Barroso, Ivo Bozon, Etienne Davignon, Jacques Delors, Nikiforos Diamandouros, Gérard Dumont, Joschka Fischer, Valéry Giscard d'Estaing, Jean Dominique Giuliani, Wim Kok, Alain Lamassoure, Pascal Lamy, Stephan Leibfried, Lenny Mendonca, Geoff Mulgan, Jean Pisani-Ferry, Maria João Rodrigues, André Sapir, Andreas Schleicher, Luc Soete, Gerhard Stahl, Peter Sutherland, Antonio Vitorino, Nick Whitney und Jean-Pascal van Ypersele de Strihout;

Olaf Cramme und Elena Jurado vom Policy Network (London), die die endgültige Fassung des Berichts mit großer Sorgfalt ausgearbeitet und redigiert haben;

der Stiftung Innaxis und ihrem Vorsitzenden, Carlos Álvarez Pereira, die der Reflexionsgruppe ein Intranet zum Konsultieren von Dokumenten und zur internen Kommunikation zur Verfügung gestellt haben;

dem Lehrstuhl für Bauinformatik der Universität Ljubljana, die die öffentliche Website der Reflexionsgruppe beherbergt;

unserem Kollegen Wolfgang Schuster, der mit der Unterstützung seiner Mitarbeiter der Stadt Stuttgart unsere Arbeit großzügig illustriert hat.

Ebenso wichtig war die gemeinschaftliche und individuelle Unterstützung durch eine ganze Reihe gemeinnütziger Organisationen und Einrichtungen, Denkfabriken und politischer Beobachter, die alle mit ihrem Fachwissen zu den Themen beitragen konnten, mit denen wir uns in der Reflexionsgruppe befasst haben: Büro der Europäischen Politikberater (BEPA) der Europäischen Kommission (Brüssel), Berkeley University, Bruegel - Brussels European and Global Economic Laboratory, Centre for European Policy Studies (CEPS) (Brüssel), Chatham House (Royal Institute of International Affairs) (London), Ausschuss der Regionen, Confrontation Europe (Brüssel), Digital Europe (Brüssel), Centre d'études européennes an der Sciences-Po (Paris), European Climate Foundation, European Internet Foundation, European Movement, Ausschüsse des Europäischen Parlaments für konstitutionelle Fragen und für auswärtige Angelegenheiten, Sonderausschuss des Europäischen Parlaments für die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise, European Studies Centre an der Oxford University, Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss, Real Instituto Elcano (Madrid), ETNO (Brüssel), Eurobarometer der Europäischen Kommission (Brüssel), EuropaNova (Paris), European Council on Foreign Relations, European Policy Centre (EPC) (Brüssel), Institut der Europäischen Union für Sicherheitsstudien (Paris), European Union Stagiaires Programme, Filis (Athen), Finnish Institute of International Affairs (Helsinki), Friends of Europe (Brüssel), Fundación Alternativas (Madrid), Fundación CIDOB (Barcelona), Harvard University, Institute of International Relations (IDIS) (Athen), Jean-Monnet-Netzwerk, Navarino Initiative (Thessaloniki), Notre Europe (Paris), Lisbon Council (Brüssel), Andreas Papandreu Institute of Strategic and Development Studies (ISTAME) (Athen), Princeton University, Trans-European Policy Studies Association (Brüssel), University Association for Contemporary European Studies (UACES) (London).

Außerdem gilt unser Dank allen weiteren Mitwirkenden: Aymeric Bourdin, Guillaume Borie, Patricia Cadeiras, Pavlos Eleftheriadis, Jean-François Jamet, Thomas Klau, Christian Mandl, Hartmut Mayer, Joaquin Munoz und Claudia Schrag.

Unsere Danksagung wäre nicht vollständig ohne den Dank an Javier Solana, dem ehemaligen Generalsekretär/Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Pierre de Boissieu, dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Union, David Galloway, seinem Kabinettschef, Marc Lepoivre, Generaldirektor im Rat der Europäischen Union, sowie den Dolmetschern, den Übersetzern und den anderen Mitarbeitern des Rates, die soviel dafür getan haben, uns die Arbeit zu erleichtern.